

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 5500.— M., bei Selbstabholung 5000.— M. Durch die Post bezogen 4000 M. Einzelnummer 250.— M.—Telephon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24598. Telephon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721, Volkshaus Nr. 53477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24598

Inseratenpreise: Die 10 gelbte Kolonelle oder deren Raum 350.— M. bei Platzvorkauf 425.— M.; Familienanzeigen von Privaten, die 10 gelbte Kolonelle 130.— M. — **Kelame-Kolonelle** 1800.— M. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das erste Hunderttausend überschritten.

11 Uhr vormittags: 1 Dollar = 105 500 Mark.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Der Dollarstand von mehr als 100 000 ist die Frucht der vollkommen unfähigen Politik, die das Kabinett Dr. Cuno als Vorspann der bestehenden Klasse in Deutschland trieb. Als Dr. Wirth zurücktrat, stand der Dollar auf 7800. Am 10. Januar, am Tage vor Beginn des Ruhrmarsches, schenkte er auf 10 000 hinauf, um am Ende des Januar vorübergehend knapp 50 000 zu erreichen. Dann folgte die in jeder Hinsicht unzulängliche Stützungsaktion ein, die zu dem vollständigen Zusammenbruch führte, und um nunmehr die Refortbildung von 105 000 Mark pro Dollar, der in Friedenszeiten 4,20 Mark kostete, zu erzielen.

Wahrlich eine Glanzleistung für das Kabinett der „Nachleute“. Den Gipfel der Unverschämtheit aber erreichten die L. R. N., die in ihrem heutigen Leitartikel in Erwiderung auf die Ausführungen des Genossen Liebmann im „täglichsten Landtag“ erklären, nicht die Reichspolitik sei schuld an dem Zusammenbruch, sondern die Ause der einseitigen Unabhängigen: Unterzeichner! Unterzeichner! Der Kurs der Erfüllungspolitik vermochte den Dollar nur auf die Höhe von 7000 zu steigern, und erst als dann die Politik, die alle die nationalistischen Hege seit Jahren wünschten, einsetzte, wurde das erreicht; was durch die Politik der Sozialisten bis zum Januar 1923 zum Vorteil des deutschen Volkes verhindert werden konnte. Erst als das Kabinett der Schwerindustriellen in die Arena trat und als die Erfüllungspolitik in jeder Hinsicht sabotiert wurde, trat der vollständige Zusammenbruch ein. Wenn jetzt unter dem Beweis dieser Tatsachen bürgerliche Streifen noch immer den Mut aufbringen, derartige Vorwürfe zu erheben, dann ist das mit parlamentarischen Ausdrücken nicht mehr abzutun.

In einer Anwandlung von Selbsternüchterung haben die L. R. N. feinerzigt erklärt, daß es die Schwerindustriellen gewesen seien, die bei dem vollständigen Versagen der Dollaranleihe der Abwehrfront, die erst durch die Sabotage der Schwerindustrie notwendig wurde, den Dolchstoß versetzt hätten. Die Schwerindustriellen, also die führenden Schichten der bestehenden Klasse, haben die Stützungsaktion unmöglich gemacht. Und gerade die letzten Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages haben erneut bewiesen, wie selbst die führenden Kreise der deutschen Finanzpolitik unfähig waren, die Dinge zu meistern. Wir werden niemals über die Ursachen des Zusammenbruchs der Stützungsaktion reiflichen Aufschluß erhalten. Die bestehende Klasse hat noch immer Solidarität geliebt, um die schwersten Anklagen gegen sich selbst abzuwehren. Daß aber an den Ereignissen des 18. April, dem Tage des Zusammenbruchs der Stützungsaktion, die bestehende Klasse, ganz gleich welche Kreise, den entscheidenden Anteil hat, darüber kann es heute keinerlei Zweifel geben.

Dazu kommt die geradezu verbrecherische Steuerpolitik, die von den Parteien der Besitzenden im Reichstage getrieben wurde. Dadurch erst war die maßlose Steigerung der Schuldenlasten des Reiches möglich und wenn heute der Dollar die Hunderttausend überschritt, dann ist das der glänzendste Beweis für den Zynismus der bestehenden Klasse, die sich weigerten, auch nur einen kleinen Beitrag für die Subsidien aufzubringen, die von Seiten des Reiches den Schwerindustriellen im Ruhrgebiet geleistet wurden. Dadurch erst flogen die Schuldenlasten des Reiches auf über 11 Billionen und dadurch wurde der vollständige Zusammenbruch vorbereitet.

Aber gerade die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, wie schließlich die Reparationspolitik der Sozialisten den vollständigen Zusammenbruch hätte aufhalten vermocht. Und gerade gegenwärtig ist das Kabinett Cuno drauf und dran, nach diesen verhängnisvollen Umwegen auf die von den Sozialisten vorgezeichnete Reparationslinie zurückzufahren.

Die bestehenden Klassen haben gezeigt, daß sie unfähig sind, die von ihnen selbst aufgeworfenen Probleme zu meistern, und es ist ein Zeichen ihrer vollkommenen intellektuellen Unfähigkeit, wenn sie sich die Richtlinien ihrer Politik von der Partei des Proletariats, ihren schärfsten Gegnern, vorzeichnen lassen müssen.

Waffenstillstandsbedingungen Frankreichs.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Herbertie legt im Temps seine persönliche Auffassung über die nächsten Aufgaben der Alliierten dar. Ähnliches wird in einigen offiziellen Informationen gesagt. Danach soll London und Paris noch etwas warten. Welche Regierungen müßten erklären, daß sie vor Ende Juni nicht auf das deutsche Memorandum antworten werden, um sich in aller Ruhe in diplomatischen Verhandlungen mit Ausschluß jeder Öffentlichkeit über die Reparationsfrage auszusprechen. Wenn das Deutsche Reich mit seiner Kraft zu Ende und die Einheitsfront wieder geschlossen sei, werde der passive Widerstand von selbst aufhören. Die Frage des Waffenstillstandes, den die englische Regierung wünscht, behandelt der Temps ausführlich. Er sagt: Frankreich sei stark genug, um sich gemächert zu zeigen, obwohl die letzten Kanzlerreden nicht die Absicht verrieten, der Streit aufzugeben. Aber, fragt er, wie soll dieser provisorische Friedenszustand aussehen. Die Reichsregierung und die preussische Regierung hätten alles zu tun, was in ihrer Macht stehe, um dem Widerstand ein Ende zu machen und ihre Landesangehörigen zu loyaler Zusammenarbeit mit den Besatzungsorganen zu bringen. Wenn die Kohlenlieferung und die Anstlieferung der Röhre und der Bahnverkehr wieder im Gang seien, dann sei die Lage so hergestellt, wie sie am 1. Januar von der französischen und belgischen Regierung gebildet war. Die Zivilverwaltung übernehme die

wichtigste Tätigkeit. Der militärische Charakter der Besetzung trete zurück. Aber nach einer Besetzung von fünf Monaten, die nicht spurlos vorübergegangen sei, müßten zwei Vorbehalte gemacht werden: Da die Erregung der Bevölkerung noch immer den Soldaten und Ingenieuren der Besatzungsgruppen gefährlich werden könnte, müßte das französische und belgische Oberkommando die Möglichkeit behalten, alle etwa notwendigen Schutzmaßnahmen anzuordnen. Es müßte auch verhindert werden, daß die große Menge der angeammelten Fabrikate auf einmal zu den durch die Markterweiterung herabgedrückten Preisen auf den Markt geworfen werden. Wenn diese Bedingungen von Deutschland angenommen würden, sei eine Entspannung nicht unmöglich. England hätte zudem ein leichtes Mittel, zur Verständigung und Beruhigung beizutragen. Es brauchte nur einige Abteilungen seiner Truppen ins besetzte Gebiet zu schicken.

So wenig akzeptabel dieser Vorschlag für Deutschland ist, so ist es doch immerhin bemerkenswert, daß das halbamtliche Regierungsorgan der französischen Regierung den Gedanken eines Waffenstillstandes zu diskutieren beginnt.

Eingehende Besprechungen zwischen Paris und London.

(T.L.) Paris, 14. Juni. Die diplomatischen Besprechungen zwischen Paris und London dauern fort. Gestern spät abends hat der englische Premierminister dem französischen Botschafter durch das Foreign Office einen ausführlichen Fragebogen zugesandt, in dem Frankreich und Belgien um genaue Angaben hinsichtlich der Einstellung des passiven Widerstands, die von Deutschland gefordert werden sollen, ersucht werden. Ferner wird an die Mächte die Bitte ausgesprochen, genaue Angaben zu machen, wie sie sich das Ende des passiven Widerstands denken und die schrittweise Räumung nach Maßgabe der erfolgten Zahlungen auffassen. Das Dokument, so erklärt der Petit Parisien heute früh, lasse erkennen, in welcher Richtung England einen Vergleich sucht. Es dürfte eine diplomatische Note erwartet werden, in der die englische Politik in festen Umriß zum Ausdruck kommt. Die Unterhandlungen zwischen den beiden Kabinetten und wahrheitsgemäß auch zwischen den übrigen Verbündeten werden in a u s g e d e h n t e m Umfang durch Vermittlung der Kanzleien bis zu dem Augenblick fortgesetzt, wo die jetzt noch aneinandergehenden Standpunkte einander näher gebracht wurden. In Londoner offiziellen Kreisen gibt man sich nach dem genannten Blatt der Zuversicht hin, daß, welches auch die zur Zeit im Wege stehenden Hindernisse immer sein mögen, schließlich doch eine Verständigung erzielt werden kann.

Im Zusammenhang damit erwähnt Petit Parisien, daß gewisse, der Regierung besonders nahestehende Londoner Kreise sich gestern über die Möglichkeit einer baldigen Begegnung zwischen Stanton Baldwin und Poincaré ausgelassen haben. Eine Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern könnte, so meint man in diesen Kreisen, zu einer schnellen Annäherung der beiden Länder in glücklicher Weise beitragen. Dazu schreibt der Londoner Korrespondent des Echo de Paris, er könne aus bester Quelle versichern, daß man gestern abend in Londoner offiziellen Kreisen dem englischen Premierminister in sehr dringender Weise nahegelegt habe, so schnell wie möglich die Zusammenkunft mit Poincaré herbeizuführen. Es ist daher wohl möglich, daß die schon vor einiger Zeit angekündigte Begegnung zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten zustande kommt. Wie hier angenommen wird, dürfte dies die Voraussetzung dafür sein, daß die zwischen den beiden Kanzleien gepflogenen Verhandlungen um ein gutes Stück weitergebracht werden.

Genossen und Genossinnen!

Lehnt den Beschluß der Betriebsversammlungen ab, in denen durch die KPD. erneut die Frage des gemeinsamen, Selbstschutzes zur Aussprache gestellt wird. Die Gesamtfunktionäre der Partei saßten am 8. Juni folgenden Beschluß:

Die Erfahrungen am Mittwoch, dem 6. 6. 23, haben gelehrt, daß der Beschluß der Kreisgeneralversammlung Groß-Weipzig am 20. 4. 23, einen gemeinschaftlichen Selbstschutz und aufgebaut in den Betrieben, mit den Kommunisten abzuschließen, richtig war.

Die Funktionäre und Betriebsobleute der KPD. Groß-Weipzig erklären, daß an diesem Beschluß festgehalten werden muß.

Diese Aussprachen bedeuten nur weitere Zerklüftung, nicht Einigung der Arbeiterklasse. Nicht neue Beschlüsse, sondern Taten, die getragen sind von dem ehrlichen Willen eines gemeinsamen Handelns, werden obigen Beschluß revidieren und die gewünschte und notwendige Einheitsfront herbeiführen. Möge in den Betrieben jeder sein Teil dazu beitragen, daß das gegenseitige Vertrauen wieder seinen Platz finden kann.

KPD. Groß-Weipzig. Gewerkschaftskartell Leipzig.

Der Zukunftsstaat des Trustkapitals.

E. Gr. Die Revolution gebar das Deutschland der „vollendeten Demokratie“. Nun ja: demokratische Verfassung — sogar ein Sozialdemokrat als Reichspräsident —, demokratische Wahlen —, ihr Charakteristikum: sie werden meist verschoben, und wenn sie nicht verschoben werden, werden sie geschoben, und wenn sie nicht geschoben werden können, werden sie verschoben —; Volkssentscheid und Volksbegehren — auf dem Papier; glücklicherweise; der Himmel bewahre uns vor dem schweizerischen Allsonntagsvergnügen des Referendums —, demokratischer „Geist“ in den Regierungsstellen — meist mit dem Vermerk: zu den Akten — und eine parlamentarische Regierung, bei der die richtige Parteidotierung innerhalb der kaleidoskopartig wechselnden Koalitionen die Hauptsache, das Regieren Nebensache ist.

Das Regieren besorgen nämlich doch andere Leute. Und vor lauter Wort- und Deklamationsdemokratie kommt uns gar nicht zum Bewußtsein, daß der bisherige Staat mehr und mehr ein Truggebilde wird.

Der heutige Staat, die heutigen Staaten sind in Gefahr. Möglicherweise über eine Weltkatastrophe von erschütterndster Tragik hinweg ändern sie Form und Struktur. In den schwächeren, durch den Weltkrieg gestürzten Staaten zuerst, weil hier die Widerstände am geringsten sind.

Wir wollen uns nicht täuschen: der heutige Staat ist nichts weniger als ideal. Das Wesen des Staates hat sich im Grunde auch heute noch nicht geändert. „Er ist“, wie Oppenheimer sich ausdrückt, „eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezogen wurde zu dem einzigen Zweck, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern.“ Nur — die politischen Mühlen mahlen langsamer als die ökonomischen. Der fürstliche Absolutismus reicht noch weit ins Zeitalter des „liberalen“ Kapitalismus hinein. Aber der liberale Kapitalismus braucht schließlich doch die Fiktion des demokratischen Staates. Kein Dörfllein, kein Gutsbezirk, keine Landtruppe, die nicht der private Kapitalismus in seinen Bannkreis zieht. Die alles nivellierende Wahlurne, das ins Land hinaus parlierende Parlament — in diesem Zeichen siegte die privatkapitalistische Klasse; die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, soll heißen: die „...kratie“ lediglich der Kapitalisten und für die Kapitalisten. Und, da diese Klasse sich bedenkenmäßig über das Land legte, „soweit die deutsche Zunge klingt“: national nivellierende Demokratie; „von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt“. Veranschaulicht das: civis germanus sum. (Vorausgesetzt, daß man über die nötigen Moneten verfügt!) Wurde einer von ihnen draußen scheinbar angefaßt, mußte das ganze Volk solidarisch für seine Ehre und für seinen Geldsack haften.

Das empfindlichste Organ dieses gleichsam auf die Horizontale eingestellten Staates ist die Grenze. Jede Einbeulung von draußen mindert den Profittpielraum für die kapitalistische Fettschicht, die sich glänzend oben auf schwimmt. Nationalismus — hieß ein Geschäft, das der Staat garantierte.

Das ist schließlich auch der Grundzug der deutschen Republik Weimarer Prägung. Aber es sind schon hippokratrische Züge. Deutlich machen sich von Tag zu Tag mehr Verfallserscheinungen hier und auch anderswo jenseits der Grenzpfähle bemerkbar. Grenzen sind labil geworden. Verfallungsparagrafen werden durch Verordnungen außer Kurs gesetzt. Staaten im Staate etablieren sich, Gesetze werden ausgehöhlt.

Die Fasziisten? Wir wollen die Gefahr, die von ihnen droht, nicht unterschätzen. Auch Paviane können gefährlich werden, wenn sie rubeleiweise und heimtückisch dem Einzelnen gegenüberreten. Aber setzt diese Fasziisten-Affen einmal an die Futterkrippe — hei, das wird ein Fressen werden! — Nein, die Fasziisten sind keine Revolutionäre. Jedoch: *Sinnes ante portas!* (Sinnes steht vor den Toren!)

Stinnes nicht als Persönlichkeit, sondern als Name für den neuen Kapitalismus, den Kapitalismus von heute und morgen.

Dieser Kapitalismus kennt nicht die Demokratie, die Solidarität innerhalb der kapitalistischen Klasse. Es ist rücksichtslos, brutal, unerbittlich. Er kennt nur das Vorrrecht der mächtigsten Kapitalisten, der Sachwertriesen, die ihre Macht auf die Gebiete stützen, wo das Wirtschaftsweisen am stärksten konzentriert ist. Für ihn ist das Volk — ein Produktionsmittel. Demokratie — gewiß; aber nur für Aufsichtsräte (evtl. mit Konzessionszulagen aus der Arbeiterschaft; aber nur, wenn es sich lohnt). Rücksicht auf die kleineren und mittleren Aussch-Kapitalisten? Aber warum denn?

Was sind diesem Kapitalismus Grenzen? Was ist ihm die Nationalität? Ruhrloks und Minette gehören zusammen; zwei Völker teilen sich in diese Schätze. Vereinen sie sich zu gemeinsamer friedlicher Arbeit, zu gegenseitigem Austausch der Produkte, zur politischen Verträglichkeit unter Beibehaltung der nationalen und Kulturgrenzen? Weisheit nicht; das wäre ja demokratisch. Wirklich wessensdemokratisch. Dafür erleben wir Tanks und Langrohrgeschütze, Todes- und Zuchthausurteile, Sabotagemahnsinn, Räuberei und Totschlag, — die Welt sieht gespannt zu, denn so zertrümmert das moderne Kapital die Grenzen. Und in den Jangarnen ein und des-

selben Kiefenpolyps werden Franzosen und Deutsche und Tschechen verbluten.

Glaubt ihr, das französische Großkapital von heute sei national französisch? Habt ihr die Fäden schon verfolgt, die von Stinnes über die Grenze von — wahllos — Freundschaft und Feindschaften gespannt werden? Wisst ihr von den intimen Beziehungen des AEG-Konzerns zu Frankreich und Amerika, des deutschen Reederkapitals — aus dem Cuno, der Aufsichtsrat der Standard Oil Co. in Deutschland und zur Zeit regierender Reichskanzler ebenda, hervorging — zu den Vereinigten Staaten und zur AEG?

Noch einen Schritt weiter, und es entsteht der Konzern der Konzerne!

Schon berühren sich Stinnes und AEG, die ehemaligen Todfeinde und Konkurrenten, an verschiedenen Stellen; enger werden die Beziehungen zwischen deutscher und französischer chemischer und Schwermetall-Industrie. Und in den großen Kohlefeldern und Industriebezirken der kapitalistischen Welt da baut ein neuer Dampf sich auf; kapitalistische Götter und Halbgötter, die die Welt regieren.

Dieser Kapitalismus kennt nicht mehr die gleichmäßige Wertung aller Gebiete innerhalb der Grenze des Nationalstaats. Was soll ihm das? Das ist unnütz-Kraftvergeudung. Die moderne Form des Kapitalismus ist in den Alltagsgesellschaften und in der kapitalistischen Organisation von der Interessengemeinschaft bis zur Interessengemeinschaft gestaffelt. Einbeziehung ebenso wie leichte Abstoßung von Unternehmungen und Gebieten. Der Mensch ist nichts, der Bürger der Demokratie ist nichts, der Profit ist alles. Eine ganz andere Dynamik des Staates ist in Bildung begriffen. Nicht mehr ist die Verhärter die verwundbarste Stelle dieses Organismus, sondern das wirtschaftliche Kerngebiet; und auch das vermag seine Lage zu ändern. Labilität wird zum Grundsatz. Und die Menschen werden ihr Opfer.

„Sollen wir uns diesem Feuertopf ausliefern?“ Wo ist der St. Georg, der diesen Drachen erlegen kann?

Die „Demokratie“ ist tot; aber es lebe die Demokratie! Hier liegt der Schlüssel des Heils. Und dem Proletariat ist er in die Hand gegeben. Wird es ihn benutzen, ihn resolut in das Schloß steden und nachhelfen, wenn Kost und böser Wille die Federn zu sperren versuchen? Oder wird es den Schlüssel nur als Dekoration an einer Amtskette um den Hals gehängt tragen?

Die bourgeoise Demokratie von heute ist ein Hohn auf die Demokratie. Ist eine Schafshaut, in die sich Wölfe verkleidet haben. Die Augen lächeln, wenn sie sich begegnen; und auf ihren Lippen schwebt das Wort Demokratie.

Und es könnte eine wahrhafte Demokratie geben, keine verästelte Demokratie, lediglich der Oberfläch der herrschenden Klasse, wenn die Arbeiterklasse und ihre Führer der bürgerlichen die sozialistische Demokratie entgegensetzten. Innerhalb jeden Staates durch rückwärtslose Steuer- und Kontrollpolitik gegenüber dem sich konzentrierenden Kapital. Vor allem aber über die Grenze der Staaten hinweg durch eine aktive und zielbewusste Außenpolitik. Hier hapert es. Das Laissez faire, laissez aller, — das Geschehenlassen — war bis jetzt Grundsatz proletarischer Außenpolitik. Nur nicht in die nationalen Eigentümlichkeiten und Eigengesetzlichkeiten anderer Staaten hineintreten; ängstliches Fernhalten von jeglicher Staatsgrenze. Sympathiseresolutionen — gelegentlich — das war das höchste der Gefühle. Stinnes und Rockefeller lachen sich jedesmal Tränen darüber. Hat sich die Hände-in-die-Hohehalten-Politik noch nicht genug gerächt? Das Auswärtige Amt war in allen Staaten wie ein Gerüst und die Diplomaten die Gerüstbauer. Soll die Demokratie, die wirkliche Demokratie diesen Baunkreis geduldig und ewig respektieren? Ein Anfang muß gemacht werden. Nicht von oben — indem man einzelne Genossen in diplomatischen Missionen sich korrumpieren oder einreisen läßt —, sondern von unten: Erziehung der Arbeiterschaft zur Politik, zu den Problemen der auswärtigen Politik. Und solidarisches Hand-in-Hand-Gehen der sozialistischen Demokratien in den einzelnen Ländern ohne Rücksicht auf eingebildete oder eingemispelte nationale Empfindlichkeiten. Das ist das Bollwerk gegen den drohenden Zukunftsstaat des Trustkapitals.

Und dazu haben Amsterdam und London jetzt das Wort!

Wer heißt.

Die kommunistische Partei ruft zu Demonstrationenverfammlungen auf, die gegen „die Hehe einer Anzahl von Führern“, der USPD, natürlich, Stellung nehmen sollen. Es zeigt nicht gerade von einem besonderen Mut der KPD, Helden, daß diese Versammlungen an die äußerste Peripherie der Stadt verlegt worden sind. In einem dreispaltigen Auftruf der S. A. J. bringt die kommunistische Partei den besten Beweis dafür, wer die eigentlichen Heher in der Leipziger Arbeiterbewegung sind. Der Auftruf ist ganz in dem Pogromton gehalten, der in dem Fährchen schon lange vor den Zusammenstößen am 6. Juni beliebt worden ist.

Schuldig sei nicht die KPD. (an den Vorgängen vom 6. Juni), sondern alle jene, die um jeden Preis „die Einheitsfront verhindert haben.“

Wer hat die Einheitsfront verhindert? Wer hat ein Zusammenarbeiten der beiden Ordnungsorganisationen unmöglich gemacht? In den Richtlinien über den Sozialdemokratischen Ordnungsdienst, die die Bezirksparteileitung der USPD am 27. März beschloffen hatte, hieß es:

Im gegebenenfalls ein planmäßiges Zusammenarbeiten mit dem Ordnungsdienst der KPD, zu ermöglichen, wird der Bezirksvorstand beauftragt, mit der Bezirksleitung der KPD, in Verbindung zu treten und entsprechende Abmachungen zu treffen.

Die KPD Leipzigs hat verhindert, daß eine Zusammenarbeit in diesem Sinne möglich wurde. Sie verlangte die Unterwerfung der USPD, unter das Joch des Moskauer Turkestaners. Das aber lehnen die USPD-Mitglieder und ihre Führer nach wie vor ab. Wir werden uns nicht dem Diktat der Kommunisten beugen, und daß es ihnen nicht darum zu tun ist und war, die Einheitsfront der Arbeiterschaft tatsächlich herzustellen, zeigen die Bedingungen, die die thüringische Bezirksparteileitung der KPD, unseren thüringischen Genossen gestellt hat. Sie lauten unter Punkt 4:

Gemeinsamer rückwärtsloser Kampf gegen die Koalitions-politik im Reich und in den Ländern, Bildung eines Blods der Länder mit Arbeitermehrheiten, gemeinsamer Kampf für den Rücktritt der Regierung Cuno, Auflösung des Reichstages, Mobilisierung der Massen unter der Parole für die Arbeiterregierung, für die Auflösung der Reparationsstrafe durch Erfassung der Sachwerte, gegen den Versailler Vertrag, für die Räumung Rheinlands und Westfalen.

Schärfster gemeinsamer Kampf gegen die Koalitions-politik in der USPD.

Wir haben über unsere Gegnerschaft zur Koalitions-politik vor allem im Angesicht der gegenwärtigen Verhältnisse keinen Zweifel gelassen, und gerade die L. B. stand auf dem Vorposten

im Kampfe gegen die koalitionsfreundlichen Neigungen innerhalb der USPD. Gerade darum haben wir das Recht, die Ziele der kommunistischen Partei mit rückwärtsloser Offenheit klarzulegen. Ihr ganzes Bestreben geht lediglich dahin, die Keime der Zerstörung in die Reihen der USPD, zu legen, weil sonst die Moskauer Partei in Deutschland zur Einfluß-politik verdammt ist. Die Bedingungen der kommunistischen Partei bilden die Selbstkauf der USPD. Wir sind im Rahmen des Möglichen, wie das die obigen Richtlinien für den Ordnungsdienst beweisen, bereit, uns über gemeinsame Aktionen zu verständigen. Voraussetzung dazu aber ist, daß die volle Selbstständigkeit der Partei gewahrt bleibt, und daß wir uns in jeder Situation das Recht rückwärtsloser Selbstbestimmung bewahren werden. Da wird alles Schreien der Kommunisten vergeblich sein. Unser „Ziel“ ist nicht, die Existenz der sächsischen Regierung unmöglich zu machen. Wir werden sie stützen, solange das irgend geht. Wenn aber die Kommunisten an das Selbstbestimmungsrecht unserer Partei irgendwie rühren wollen, dann werden wir uns, wie schon bisher, mit allen Mitteln entgegenstellen.

Die S. A. J. erklärt in ebenso weinerlichem Tone wie in den Vortagen, der Dienstag (an dem wir den zweiten Wutschuld-Artikel brachten) sei das Waterloo der L. B. Nach Waterloo folgten immerhin die 100 Tage von Napoleons Wiederkehr. Für die Leipziger Kommunisten aber wird der 6. Juni das St. Helena sein, trotz der Pogromhölle in den Versammlungen und auch in den Betrieben. Da ihnen jeder Boden zu schwinden droht, heften sie an den Arbeitsstätten und rufen dann nach Schußjungenart: Wir sind es nicht gewesen.

Wir wiesen schon gestern auf die Tatsache hin, daß man für die sächsischen Kommunisten zweifellos auf mildernde Umstände plädieren müsse. Sie waren die getreuesten Stützen der rechtsstehenden Zentrale und nur die verhängnisvollen Einflüsse des Turkestaners Schubert alias Süßkind (nicht Stiefkind, wie wir gestern meldeten) sind es gewesen, die die gegenwärtige Situation erzeugten. Süßkind hat bereits in der Roten Fahne sein übriges getan, und auch in Chemnitz bewahrt man ihm sein ehrenvolles Andenken. Er ist einer der Verantwortlichen für die Putzaktion am Jirkus Busch und gegenwärtig ist er in Sachsen bemüht, seinem verhängnisvollen Kuße alle Ehre zu machen.

Im übrigen werden auch die Darstellungen unserer Zeugen von der S. A. J. vollinhaltlich bestätigt, und soweit man sich bemüht, zu berichtigen, beweist das nur erneut die Schuld der Kommunisten. So heißt es in bezug auf die Anklagen gegen Heude:

„Ob Genosse Heude 5 oder 15 Minuten gesprochen hat, wissen wir nicht. Aber um 17 Uhr war die Gruppe, vor der er gesprochen hatte, bereits abmarschiert.“

Wir stellen fest, daß nach gemeinsamer Vereinbarung die Redner 6 Uhr 20 begonnen haben, und daß auch der zweite kommunistische Redner pünktlich 6 Uhr 25 mit den übrigen Sprechern endete. Danach hat Heude mindestens noch 10 Minuten gesprochen, so daß er frühestens 6 Uhr 35 geendet hat. Die daran geknüpften Schlussfolgerungen werden von uns vollinhaltlich aufrechterhalten und wir stellen nochmals fest, daß Heude durch diese Sabotage der gemeinsamen Abmachungen den Abmarsch der Demonstranten in stärkstem Maße gehindert hat.

Die S. A. J. entkräftet sich, daß mit die Aussagen unserer Zeugen brachten, ohne deren Namen zu nennen: Die Hehe der Kommunisten gegen die Führer ist wahrlich groß genug, als daß wir auch noch weitere Parteigenossen den Anpöbelungen preisgeben können. Die Zeugenaussagen liegen in ihrem Wortlaut zur jederzeitigen Kenntnisnahme bereit.

Erneuter kommunistischer Vorstoß im thüringischen Landtag.

SPD. Weimar, 13. Juni. Der thüringische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit einer kommunistischen Interpellation betreffs Stellungnahme der Thüringer Regierung zur Politik der Reichsregierung. Bevor das Haus in die Beratung eintrat, gaben sämtliche bürgerliche Fraktionen einschließlich der Demokraten eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie im gegenwärtigen Augenblick sich mit keinem Wort an der Beratung der kommunistischen Interpellation beteiligen würden, weil sie maßlose Anwürfe, innere Leber- treibungen und faulstichige Lügen enthalte. Als der kommunistische Abgeordnete Tenner das Wort zur Begründung erhielt, verließen die Rechtsfraktionen gemeinschaftlich den Sitzungssaal. Es kam zu einer Lärmjähre, weil der Kommunist von der Rednertribüne herab bemerkte, daß sei so gut, er wolle seine Verluste nicht vor die Säue werfen. Nach einer weit ausholenden Begründung, durch das Prisma der parteipolitisch kommunistischen Einstellung gesehen, wurde die Frage erhoben, welche Stellungnahme die Thüringer Regierung zur Politik der Reichsregierung und zum Verfassungsplan der Großindustrie einnehme. Staatsminister Frölich gab nach einer allgemeinen Abrechnung mit den Kommunisten folgende Regierungszerklärung ab:

Die Regierung hat und konnte durch den Vorstehen des Staatsministeriums nicht gegen die gemeinsame Niederwerfung der Arbeiter des Ruhrgebietes durch deutsche und französische Truppen protestieren, da ihr von einer Niederwerfung durch deutsche und französische Truppen nichts bekannt war und bis auf den heutigen Tag nichts bekannt geworden ist.

Für die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitereinstellungs- stiftes ist die Regierung nicht eingetreten. Der Standpunkt zu dieser Frage ist den Interpellanten hinreichend bekannt.

Gegen die Forderung der Industrie hat sich die Regierung prinzipiell und entschlossen gewandt. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie die Forderungen der Industrie nicht anerkenne. Das Angebot der Industrie abzulehnen, lag keine Veranlassung vor, zumal die Leistung der Wirtschaft zum Zwecke der Reparation durch einen Akt der Gesetzgebung erfolgen und dabei der Grad der Belastung der Industrie festgesetzt werden muß. Die Regierung ist unter Hinweis auf den noch nie dagewesenen Luxus gewisser Kreise in Deutschland für eine stärkere Belastung der Industrie eingetreten.

Der Reichsregierung Cuno das schärfste Mißtrauen auszusprechen, ist nicht Aufgabe der Landesregierung. Sofern Veranlassung dazu vorliegt, ist nach Artikel 54 der Reichsverfassung nur der Reichstag dazu berufen, ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung auszusprechen.

Im Anschluß an diese Erklärung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten. Bei dem letzten kommunistischen Redner, der besonders ausführlich wurde, verließen auch die sozialdemokratischen Abgeordneten den Sitzungssaal.

Über eine von den Kommunisten eingebrachte Entschließung, durch die das Verhalten der thüringischen Regierung in der zur Debatte stehenden Frage mißbilligt werden soll, wird am Donnerstag abgestimmt.

Die englische Arbeitslosigkeit.

XX. London, 13. Juni. Am 1. Juni waren als vollständig arbeitslos 1 187 000 Personen gemeldet, d. h. 34 310 weniger als in der Vorwoche und 298 878 weniger als am Anfang des Jahres.

„Reichswehrblock Rößbach“.

Die Verschwörer aus der Haft entlassen.

Wir berichteten bereits gestern über eine neue Putzorganisation, deren Zentrale am 8. Juni in Magdeburg ausgehoben worden ist. Der Chef des RWBR, ist der gegenwärtig in Untersuchungshaft befindliche Oberputzführer Rößbach. Bereits vor einiger Zeit war diese Organisation in Hamburg auf die Spur gekommen. Über die dortigen Verhaftungen genügt es nicht, um das Wesen dieser Organisation in seiner ganzen Bedeutung zu erkennen. Jetzt erst ist es gelungen, die Grundlagen der Organisation aufzudecken. Unser Magdeburger Parteigänger und der Wozarits sind in der Lage, das Organisationsstatut dieser neuen Putzorganisation wörtlich wiedergeben zu können. Es hat folgenden Wortlaut:

- § 1. Zweck und Sitz des RWBR. 1. Der Zweck des RWBR. ist, vaterländische Verbände zu unterstützen und den völkischen Geist im Heere zu pflegen. 2. Der Sitz des RWBR. ist Magdeburg und umfaßt das gesamte Reichsheer außer Wehrkreis VII. (Bayern, Reich.) § 2. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft. 3. Mitglieder können Reichswehrgenährte werden, die auf dem Boden dieser Sagenungen stehen. 4. Der Beitritt erfolgt durch schriftliche Erklärung bei dem zuständigen Gruppenführer. 5. Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch den Tod; b) durch freiwilligen Austritt, der durch schriftliche Erklärung beim zuständigen Gruppenführer erfolgen muß; c) durch Ausschluß solcher Mitglieder, die den Zielen des RWBR. durch Wort und Tat entgegenarbeiten oder den Anordnungen der Obersten Leitung, des Garnisongruppenführers oder des Gruppenführers, soweit solche durch die Sagenungen begründet sind, nicht Folge leisten. Gegen 5 c) ist Beschwerde oder Berufung bei der Obersten Leitung schriftlich zulässig. Der Antrag auf Ausschluß ist bei der Obersten Leitung durch die betreffenden Gruppenführer einzulegen.

- § 3. Gliederung des RWBR. 6. Chef: Oberleutnant Rößbach. 7. Der RWBR. gliedert sich in a) Oberste Leitung, b) Garnisongruppen, c) Gruppen. Die Sagenungen der Garnisongruppen und Gruppen unterliegen der Bestätigung durch die Oberste Leitung.

- § 4. Organe des RWBR. 8. Organe des RWBR. sind: a) die Oberste Leitung, Abt. I; b) die Garnisongruppenführer; c) die Gruppenführer. 9. Die Oberste Leitung setzt sich zusammen aus: a) dem RWBR.-Leiter (Abt. Ia); b) dessen Vertreter (Abt. Ib); c) dem Vertrauensmann der Abt. Ia; d) dem Kurier. 10 bis 15 regelt die Zuständigkeit der Organe. 16. Die Oberste Leitung ist gleichzeitig Garnisongruppenführer von Magdeburg. 17. Die Reichswehrgenährten, die dem RWBR. angehören, unterstehen ihrem Gruppenführer, sie sind also innerhalb ihrer Formationen bzw. Kompanie zu einer Gruppe zusammengefaßt.

Es folgen Bestimmungen über Satzungsänderung und die Auf- lösung.

Welche Gefahren auch diese Organisation in sich birgt, ganz abgesehen von ihrem Treiben unter der Reichswehr, zeigt folgender Befehl, der unter „Streng geheim“ zur Gründung einer Feme aufgerufen hat. Er lautet:

An die Gruppenführer!

Die letzten Ereignisse in Hamburg haben uns gezeigt, daß die Regierung, vor allem jedoch das Publikum, keine Mittel unversucht lassen, um die völkische Bewegung zu unterdrücken. Der große Beamtenapparat (Politische Polizei und Spionage) arbeitet mit ungeheuren finanziellen Mitteln und großer Raffinesse. Es ist deshalb von Bedeutung für das Fortbestehen unserer Bewegung und vor allem für die Weiterverpflanzung der völkischen Ideen, diesen Spießtum mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuarbeiten. Die Gruppenführer werden hierdurch angewiesen, jede Neuaufnahme von Mitgliedern auf das genaueste zu prüfen und die Gesetze, bevor die Aufnahme der Mitglieder erfolgt, der Leitung vorzulegen. Die neuemommenen Mitglieder werden in eine nach zu bildende Prüfkategorie aufgenommen. Sie müssen einer längeren Prüfungszeit unterworfen werden.

Die Leitung hat sich angesichts des überhandnehmenden Spießtums entschlossen, eine sogenannte „Feme“ zu bilden. Diese, aus nur zuverlässigen und im Waffengebrauch perfekt ausgebildeten Leuten, steht unter dem Befehl der Leitung. Die Aufgabe der „Feme“ ist es, der Leitung verdächtig erscheinende Leute zu beobachten, Verräter und politisch mißliebige Personen zu befechtigen. Bei der Schwierigkeit der Aufgabe und den hohen Anforderungen, die gestellt werden, müssen die zuverlässigsten und vertrauensvollsten Leute herausgesucht werden.

Dieser Befehl war zunächst nur ein Entwurf. Der endgültige Befehl wurde reaktionell in einigen Ausdrücken geändert, der Schlussatz erhielt folgende Fassung:

Die Führer wollen bis 9. 6. 1923 Leute namhaft machen. Die Feme-Angehörigen erhalten durch Leute der R. W. (Reichswehr) Ausbildung und Unterricht. Für die Feme wird Geld und alles andre zur Verfügung stehen. 8. 6. 23.

J. A. v. C. Im Auftrag des Chefs. Folgt das Unterstabszeichen.

Dadurch wollte man den Gefahren vorbeugen, die durch die Enthüllungen in Hamburg der Putzorganisation entstanden. Ueber die Tätigkeit derartiger Femen hat der Hochverratsprozeß gegen Fuhs und Machaus, der gegenwärtig noch in München im Gange ist, geradezu erschreckendes Beweismaterial gebracht, und auch die Magdeburger Feme hatte bereits den ersten Auftrag erteilt. Er lautete: Oberpräsident Hürzring!

Aus erklärlichen Gründen schweigt sich die bürgerliche Presse über diese Enthüllungen vollständig aus, und die Leipziger Arbeiterzeitung, die sonst jede Schwundmeldung über die Sozialdemokratische Partei mit geschmackten Händen und in besonderer Aufmerksamkeit zum Ausdruck bringen, hatten nichts eiligeres zu tun, als sich an den Reichswehrminister Gehler zu wenden. Aber selbst dieser steht sich gewarnt. Die Richtlinien der vom Vorwärts gemachten Feststellungen anzuerkennen. Demzufolge also befindet sich in den Reihen der Reichswehr eine besondere, von Hohlfeld geleitete Organisation, die lediglich den Zweck verfolgt, alle reaktionären Elemente zusammenzufassen, um bei gegebenem Gelegenhelt das Chaos zu einem vollstänigen zu machen.

Ueber die Haltung des Reichswehrministeriums zu den Enthüllungen teilt der SPD. mit, daß sich dieses neuzunnen läche, die völkischen Umtriebe in der Kraftfahrabteilung zu Magdeburg vollinhaltlich zu bekämpfen. Auch läßt es zu, obwohl das Magdeburger Reichswehrkommando sich der Personelle Zentrale gegenüber anfeindend noch sehr schmelzlos verhält, daß eine Anwesenheit in der Kaserne bei dem Kraftfahr- Reichswehr-Block Rößbach über den von uns beschriebenen „Reichswehr-Block Rößbach“ und dessen Bestrebungen autage gefördert habe.

Während so selbst das Reichswehrministerium die Nichtigkeit der gemachten Enthüllungen in seiner Art bestätigen muß, kommt die Meldung, daß die Putzführer wieder aus der Haft entlassen worden seien. Es wird mitgeteilt:

SPD. Magdeburg, 13. Juni. Amtsgerichtsrat Dr. Kettig, dem die in Magdeburg verhafteten Mitglieder des Reichswehrblocks Rößbach vorgeführt wurden, hat förmlich, auch die führenden Köpfe der politischen Reichswehr-Blockzentrale, aus der Haft entlassen, obwohl er selbst Zweifel darüber äußerte, ob nicht der Staatsgerichtshof erneut die Verhaftungen anordnen werde. Die

Hastigkeit ist um so ...

Das ist ein Skandal ...

Der Landesverratsprozess in Bayern.

Verwerfliche Angriffe der Verteidigung auf die Zeugen.

München, 12. Juni. SPD. Der achte Verhandlungstag brachte neue maßlose Angriffe und Verdächtigungen des Verteidigers Pestalozza gegen die Ehre des Zeugen Max...

Für den Angeklagten Fuchs traten heute auch zwei Entlastungszeugen auf, ein Herr von Dr. Lautenheimer und ein Direktor Dr. Habich...

Im übrigen war der heutige Tag mit der Vernehmung des Hauptzeugen Kauter, des ehemaligen Presschefs der Organisation Consul, ausgefüllt.

Die bewährte Unterredung mit dem Minister Schwepfer schildert Kauter in der bereits bekannten Weise.

Auf die politische Überzeugungsstrenge des bereits früher vernommenen Zeugen Stiglbauer, eines Nationalsozialisten, wies folgende Aussage des Kauter ein recht hübsches Licht.

An Geld von Nachhaus hat der Zeuge zusammen 82 Millionen Mark erhalten, die er restlos zum Aufbau der nationalen Organisationen weitergab.

Der neunte Verhandlungstag brachte die Vernehmung des Hauptzeugen Schäfer, der man mit besonderem Interesse entgegenah.

Schäfer ist der Führer und Organisator des Bismarckbundes und seit langer Zeit eine umstrittene Persönlichkeit.

Der Zeuge verkündet sich dann auf die inneren Verhältnisse im Bismarckbund, vor allem über die Treibereien des Ruge, Berger und Nachhaus...

Der Zeuge verkündet sich dann auf die inneren Verhältnisse im Bismarckbund, vor allem über die Treibereien des Ruge, Berger und Nachhaus...

Der Zeuge verkündet sich dann auf die inneren Verhältnisse im Bismarckbund, vor allem über die Treibereien des Ruge, Berger und Nachhaus...

Der Zeuge verkündet sich dann auf die inneren Verhältnisse im Bismarckbund, vor allem über die Treibereien des Ruge, Berger und Nachhaus...

Der Zeuge verkündet sich dann auf die inneren Verhältnisse im Bismarckbund, vor allem über die Treibereien des Ruge, Berger und Nachhaus...

Der Zeuge verkündet sich dann auf die inneren Verhältnisse im Bismarckbund, vor allem über die Treibereien des Ruge, Berger und Nachhaus...

Der Zeuge verkündet sich dann auf die inneren Verhältnisse im Bismarckbund, vor allem über die Treibereien des Ruge, Berger und Nachhaus...

Zur Lage im Ruhrgebiet.

Die Folgen nationalsozialistischer Treibereien.

Am Dienstag nachmittag gelang es der Kriminalpolizei in M... 18 000 Schuss Infanteriemunition zu beschlagnahmen.

Die Munition wurde durch Kraftwagen von der Infanterielagerstätte nach der Schützenstraße zur Aufbewahrung in eine Privatwohnung befördert.

Drei Verhaftungen erfolgten bereits; weitere stehen bevor. Die Beteiligten gehören rechtsradikalen Kreisen an.

In dem Hause der Parteibuchhandlung in Münster wurde in der Nacht zum Mittwoch eine der großen Spiegelkassette eingeschlagen.

Es handelt sich um eine rechts bolschewistische Aktion. Im Laden fand sich ein Zettel mit der Aufschrift: 'Schlageter. Ihr Säue!'.

Wir haben schon wiederholt bemerkt, daß diese rechts bolschewistischen Gewaltakte französische Gegenaktionen zur Folge haben müssen.

Die Hinrichtung Schlageters wird sehr von den nationalsozialistischen Kreisen im Ruhrgebiet als Grund für einen aktiven Widerstand gegen die Besetzung benützt.

Die Bergisch-Märkische Zeitung in Elberfeld fordert unerschrocken zu Sprengungen auf aus Rache für Schlageter.

Jede Sprengung ruft neue Gegenmaßnahmen der Franzosen hervor, die bereits jetzt in der Gegend von Dortmund und Gelsenkirchen jeden Deutschen für vogelfrei erklären.

Der sich nach 9 Uhr auf der Straße befindet. Die fortgesetzten Dynamit- und Mordanschläge der deutschen Nationalisten haben hierzu im weitestlichen beigetragen.

In Wanne gibt es jeden Abend Punkt 9 Uhr ein wildes Gewehrfest. Die Stadt Dortmund bleibt abends einem Heerlager; am Tage durchziehen Patrouillen die Stadt.

Passanten werden angehalten und nach Waffen durchsucht, die Straßenbahnen werden willkürlich angehalten, die Passanten werden nach Wäffen und Waffen untersucht.

In Dortmund dürfen selbst Verstecke nicht mehr nach 9 Uhr abends abends Hunderte von Verhaftungen vorgenommen werden. Die Verhafteten mußten die ganze Nacht trotz der schlechten Witterung mit hochgehobenen Händen auf den Höfen der französischen Unterkunftsräume stehen.

Nach einer Meldung aus Dortmund haben die Franzosen den angeblichen Mörder der beiden französischen Unteroffiziere festgenommen.

Nach französischen Angaben handelt es sich um einen früheren deutschen Schuldenbeamten. Der Verhaftete versuchte, sich durch die Flucht seiner Festnahme zu entziehen und wurde bei der Verfolgung erschossen.

In Luene ist der Belagerungszustand einseitig durch die Verletzungspolizei seit gestern wieder aufgehoben worden.

II. Düsseldorf, 18. Juni. Der Schleichwahn, von dem die Franzosen in den letzten Tagen besessen sind, hat auch hier ein Opfer gefordert.

Der Schönsteinberger Heinrich Keger war bei einem französischen Offizier wegen Kaminofens vorstellig geworden und der Offizier hatte ihm einen Soldaten zur Begleitung mitgegeben.

Keger trat auf dem Dach. Der ihm beigegebene Soldat folgte aber nicht sofort. Inzwischen feuerte ein anderer Franzose auf Keger vier Schüsse ab.

Keger ist schwer, wenn nicht lebensgefährlich verletzt.

III. Düsseldorf, 18. Juni. Das im Krupp-Prozess wegen angeblicher Störung der öffentlichen Ordnung und Aufreizung der Menge zu Gewalttätigkeiten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Betriebsratsmitglied Müller wurde in der heutigen Revisionssitzung vor dem Reichsgericht in Düsseldorf wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Anklage wegen Aufreizung der Menge zu Gewalttätigkeiten wurde fallen gelassen.

Der Kommunist Stäcker verhaftet. Nach einer Meldung der Roten Fahne aus Düsseldorf verhafteten in Köln zwei französische Offiziere den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Walter Stäcker und transportierten ihn nach Breidenen.

Ein neues Todesurteil französischer Kriegsverurteilter. II. Paris, 14. Juni. In Mainz fand gestern vormittag die Kriegsverurteiltenverhandlung gegen den wegen Sabotage angeklagten Ingenieur der Badischen Anilinfabrik Gorges statt.

Der Angeklagte wurde in dem Augenblick verhaftet, wo er an der Eisenbahntrasse in der Nähe von Ludwigshafen Explosivstoffe auszubringen versuchte, um eine Entgleisung herbeizuführen.

In der gestrigen Verhandlung gestand der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat. Sein Auftreten wird von den französischen Blättern als auffallend würdevoll bezeichnet.

Er protestierte gegen den Vorwurf der Verleumdung, daß ihm der Vertreter der Anklage machen wollte, und er versicherte, daß er nur aus patriotischen Gründen gehandelt habe und seit langem sein Leben zu opfern beabsichtigt hatte.

Er wurde nach kurzer Beratung des Gerichtshofes zum Tode verurteilt.

Die Badische Landeszeitung berichtet abweichend: In der Nacht in der die Eisenbahnstrecke in der Pfalz sich ereignete, wurde Gorges, der in Mannheim wohnt, beim Vorkommen der Rheinbrücke von den Franzosen angehalten und durchsucht und wegen des Besitzes einer Pistole verhaftet.

In dem sich anschließenden achtstündigen Verhör, währenddessen Gorges mit der Reichspolizei, mit Führern usw. schwer mißhandelt wurde, soll er unter den Folterqualen eingestanden haben, bei Sabotageaktion beteiligt gewesen zu sein.

Er wurde dann in das Militärgefängnis Mainz eingeliefert, wo er unter schweren seelischen Depressionen, die durch weitere maßlose Qualen hervorgerufen worden waren, mehrere Selbstmordversuche unternahm, die aber mißglückten.

Das fürchtbare französische Kriegsverurteil hat also als einseitige Sühne ein durch mittelalterliche Folterqualen erprobtes Geständnis.

Die neuen Kohlenpreise. III. Berlin, 18. Juni. In der gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats wurde am 18. Juni 1923 beschlossen, die Kettenpreise für Tonne Kohle folgenderweise zu erhöhen: Steinkohle in Rheinland-Westfalen um 82 874, Oberhessien um 75 881, Niederhessien um 88 258, Sächsen 107 076 Mark; Braunkohle: rheinische Kohltaunkohle um 14 980, desgl. Belforts 52 931, mitteldeutsche Kohltaunkohle um 17 043, desgl. Britetts 52 352 Mark.

Hierzu ist zu bemerken, daß der Preis der Freitrieberkohle im Ruhrgebiet je Tonne netto auf 280 444 Mark und brutto auf 389 778 Mark. Die neuen Preise gelten ab 16. Juni 1923. Die Erhöhungen sind fast in demselben Ausmaß wie die am 11. Juni beschlossenen Zuschläge zu den Bergarbeiterlöhnen, d. h. um 50 bis 52 Prozent erfolgt.

Sachin freigesprochen. Hpt. in außer Strafverfolgung steht. (II.) Paris, 14. Juni. In der Strafsache gegen die Kommunisten Sachin und Genossen wegen angeblicher verätorischer Umtriebe im Ruhrgebiet ist gestern zum zweitenmal eine Freisprechung erfolgt.

Nachdem der Senat des Staatsgerichtshofs eine Behandlung der Sache abgelehnt hatte, war die Angelegenheit einem gewöhnlichen Gerichtshof übertragen worden und auch dieser hat nunmehr eine Verurteilung des genannten Angeklagten abgelehnt. Gleichzeitig wurde gegen den deutschen Kommunisten Höllein die Weiterverurteilung mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Verurteilung abgelehnt.

Ueber eine dritte Gruppe kommunistischer Angeklagter wird die Entscheidung erst später gefällt werden.

Der Ausgang dieses Prozesses, in dem mit gefälschten Dokumenten gearbeitet wurde, bedeutet eine schwere Niederlage für die Franzosen.

Zur Lage in Bulgarien.

(II.) Belgrad, 18. Juni. Nach den letzten Nachrichten soll Stambuliski in Sawowigla von den Regierungstruppen umzingelt sein.

Dagegen wurden im Kampfe in Südbulgarien der Minister der gestürzten Regierung Dupartnow getötet und Minister Döw gefangen genommen.

Kabinettsdemission in Teheran.

(II.) Paris, 12. Juni. Das persische Kabinetts demissionierte.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Der Reichstag übertrug am Mittwoch das neue Mineralwasser-Steuer- und Zuckersteuergesetz, Leuchtstoffsteuergesetz, Grundsteuersteuergesetz, Salzsteuergesetz dem Ausschuss zur Beratung.

Dann trat das Haus in die zweite Beratung des vielumstrittenen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein.

Das Gesetz will jeden, der an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies weiß, sich von einem für das deutsche Reich approbierten Arzt behandeln lassen.

Die Durchführung der aus dem Gesetz erwachsenden hygienischen Aufgaben ist Gesundheitsbehörden zu übertragen. Die zuständigen Gesundheitsbehörden kann Personen, die bringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Geschlechtskrankheit weiter zu verbreiten, anhalten, ein von einem behördlich dazu ermächtigten Arzte ausgestelltes Zeugnis über ihren Gesundheitszustand vorzulegen oder sich der Untersuchung durch einen solchen Arzt zu unterziehen.

Geschlechtskranke können einem Heilverfahren unterworfen und in ein Krankenhaus verbracht werden, wenn dies zur Beseitigung der Entzündung der Krankheit erforderlich erscheint.

Die Anwendung eines unmittelbaren Zwanges ist zulässig. Strafbar macht sich auch die Person, die Geschlechtsverkehr ausübt, obwohl sie an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies weiß.

Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten und Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane soll in Zukunft nur den für das deutsche Reich approbierten Ärzten gestattet sein.

Das Gesetz bringt Erleichterung für den Handel mit Gegenständen, die zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten dienen sollen.

Auch enthält es Fortschritte über den Schutz der Säuglinge gegen geschlechtskranke Ammen und Schutz sonstiger Kinder gegen geschlechtskranke Pflegepersonen.

Der Kuppelparagraf erfährt infolgedessen eine Modifikation, als die Gewährung von Wohnungen an Prostituierte im allgemeinen nicht mehr unter Strafe gestellt wird.

Das Gewahren von Wohnungen an Prostituierte, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, wird nur dann bestraft, wenn damit eine Ausbeutung der Person, der die Wohnung gewährt ist, oder ein Anfaßten dieser Person zur Unzucht verbunden ist.

Verboden wird dem Prostituierten, ihr Gewerbe in der Nähe von Kirchen, Schulen oder anderen zum Besuch durch Kinder oder Jugendliche bestimmten Verlässlichkeiten auszuüben, ferner in einer Wohnung, in der jugendliche Personen zwischen 4 und 18 Jahren wohnen, ferner in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

In der Aussprache traten gegen diese Beschlüsse hervor. Es handelt sich vor allem um den Gegensatz zwischen den Parteien, die das Problem mehr sozialhygienisch und denen, die es mehr rechtlich auffassen.

Ein Akt geht durch alle Parteien des Hauses: in allen Fraktionen haben sich Freunde und Gegner der Naturheilmethode gefunden.

Die unbedingten Anhänger der Schulmedizin wollen die nicht approbierten Heilmethoden von der Behandlung der Geschlechtskrankheiten ausschließen, während die Gegenparte fürchten, daß dadurch im Konkurrenzkampf wertvolle Kräfte und Heilmittel der Naturheilkunde vollkommen vernichtet werden soll.

Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Grothjan, der bekannte medizinische Universitätsprofessor in Berlin.

Er begrüßt die im Gesetz vorgesehene Aufhebung der Reglementierung der Prostituierten. Für die Fortschritte, die das Gesetz bringt, müsse man manches in Kauf nehmen, was nicht gefalle.

Bedenklich sei, daß das Gesetz ein absolutes Behandlungsmonopol für die Ärzte bringe. Der Zentrumsgesandte Neuhaus und der deutschnationale Abg. Strahlmann und der deutsche Volksparteiler Dr. Luther hielten die religiös-stillische Behandlung der Frage in den Vordergrund.

Dr. Luther und nach diesem Frau Dr. Lübers von den Demokraten hielten scharfe Reden gegen die Naturheilmethode, während der deutschvölkische Abg. Wulle ebenfalls entschieden gegen den Sexualkapitalismus und Salsarantismus sprach.

Die Kommunisten teilten sich etwas Besonderes, indem sie einen Antrag einbrachten, der das ganze deutsche Volk unter Sittenkontrollen stellen will. Alle erwachsenen Deutschen zwischen 14 und 80 Jahren sollen regelmäßig auf das Vorhandensein von Geschlechtskrankheiten untersucht werden lassen.

Die Verhandlung wurde vertagt. Der Reichstag beschloß dann noch in einer 8. Ergänzung des Beschlusses die Erhöhung der Grundgebühren. Ein von dem Genossen Bender begründeter sozialdemokratischer Antrag will die Gebühren der unteren und mittleren Beamten erhöhen, um die Spannung zwischen diesen und den hohen Beamtengeschlechtern zu mindern.

Der Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Sozialdemokratie stimmte gegen das ganze Gesetz, um diesmal ihrem Unwillen darüber stärkeren Ausdruck zu geben, daß die schon seit Jahren von uns fortgesetzten Bemühungen, die Spannung zwischen oberen Beamten und mittleren und unteren Beamten zu vermindern, immer wieder nicht genügende Erfolge haben.

Bürgerliche Schulreaktion.

Berlin, 18. Juni. Im Bildungsausschuss des Reichstages wurde bei der fortgesetzten Beratung des Reichsschulgesetzes ein Antrag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angenommen, nach dem die in der Schule herkömmlichen religiösen Übungen und Gebrauche zu pflegen sind, ohne daß (?) dadurch der Unterrichtsbetrieb im ganzen beeinträchtigt werden darf.

Einjährigkeit der Abgeordnetenimmunität.

Berlin, 12. Juni. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages entschied bei der Prüfung der Beschwerden von Reichstagsmitgliedern verschiedener Parteien, daß Hausungen bei Abgeordneten an sich zulässig sind, da die Wohnungen durch die Immunität nicht geschützt seien, daß aber von der Beschlagnahme von Schriftstücken, auch von solchen, die den Abgeordneten von Dritten übergeben worden sind, abzusehen ist, wenn der Abgeordnete erklärt, daß er die Schriftstücke vertraulich behandelt wissen will.

Von Nah und Fern.

Milionen Diebstahl im D-Zuge. Berlin, 18. Juni. Im D-Zuge von Hamburg nach Berlin wurde ein Kaufmann aus Charlottenburg um 40 Millionen Mark bestohlen. Es wurde festgestellt, daß in demselben Zuge andere Fahrgäste ihre goldenen Uhren gestohlen worden sind. Zweifelloso handelt es sich um eine internationale Diebesbande.

Eine Familie bei einem Brande umgekommen. Anklam, 18. Juni. In Medow Grab in der vergangenen Nacht in einem Hause Feuer aus, das das Gebäude vollständig einäscherte. Der in dem Hause wohnende Malermeister Andersen, seine Frau und sein zehnjähriger Sohn verbrannten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Arenzel in Leipzig. Verantwortlich für den Interkontinent: Hugo Schuphan in Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Juni.

Parlamentsangelegenheiten.

Bezirksleitung der WSP.

Sonnabend, den 16. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 9: Sitzung der Bezirksleitung...

Achtung, Ortsvereine! Alle Nummern der Gleichheit, die übrig geblieben, besonders die Nummer 11, sind sofort zurückzugeben...

Gewerkschaftsfunktionäre. Freitag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Großer Saal. Die Vorgänge in Leipzig. Zutritt nur mit blauer Funktionärkarte.

Mitglieder-Versammlungen der WSP-Groß-Leipzig. Freitag, den 15. Juni, abends 7 Uhr.

Offen. In Kafflers Festhalten Vortrag des Genossen Häußler, Bielefeld, über: Die Ruhrkrise und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft.

Wahren. In der Terrasse Vortrag der Genossin Blotke über: Die Reichsverfassung.

Der Reichsarbeitsminister gegen die Arbeitslosen.

In der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung wurde dem Kollegium vom Rat mitgeteilt, daß er dem Beschluß vom 30. Mai beigetreten sei und allen Bedürftigen aus städtischen Mitteln eine einmalige Wochenunterstützung ausgezahlt habe...

Berufung des Reichsarbeitsministers vor, die dem sächsischen Arbeitsminister zugegangen ist und folgenden Wortlaut hat:

Berlin, den 25. Mai 1923.

Im Hinblick auf die Vorkommnisse in Leipzig hat der Herr Reichsminister der Finanzen ersichtlich erwogen, der Stadt Leipzig die Reichsbeiträge zur Erwerbslosenfürsorge gemäß § 4 Abs. 3 der Verordnung vom 1. November 1921 zu entziehen...

Besonders stark an dieser unerhörten Drohung des Reichsarbeitsministers ist es, daß sie sich auf die im Februar erfolgte Auszahlung lediglich der Differenz zwischen Erwerbslosen- und Fürtorgenerstützung zu beziehen scheint.

Obwohl es sich damals, weil kurz danach die Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung durch das Reich erfolgte, nur um eine Unterstühtungserhöhung auf die vom Fürtorgenteamt gezahlten W'arstätze während zweier Tage gehandelt hat, sind uns also die ersten und härtesten Maßnahmen angedroht worden.

Genosse Lortius kritisierte die völlig ungenügende Erhöhung der Unterstützung durch das Reich und verlangte den stärksten Protest der Städte gegen das Vorgehen des Reichsarbeitsministers...

John Dale

Von Einar Miffessen.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Wolf-Heinrich v. d. Müllbe.

Er sah etwa zehn Männer auf dem Deck herumtaumeln, mit geschlossenen Augen, vorwärtsgetrieben und gestützt von zwei ganz wachen Seeleuten, die fluchten und schimpften und ihre Opfer rüttelten.

Und John Dale sah noch mehr: ein kleines, schwarzes, schmutziges Schiff, an dessen Seiten je drei Boote in ihren Davits hingen. Seine Augen streiften die Takelage, die kurz, dick und ungläublich schwer war, gebaut, um den stärksten Stürmen widerstehen zu können...

Er fiel hin, so lang er war, denn die Beiden, die ihn bisher gestützt hatten, meinten nun, daß er sich selbst helfen könne, und der Fall rief ein schallendes Gelächter unter den Männern auf dem Achterdeck hervor.

„Sieh, sieh,“ lachte ein großer, schwarzbärtiger Mann, „nun hängt an, Leben in die Pumpen zu kommen, ich habe bei meiner

zurückgewandt? frag Genosse Lortius. Die Reichstagsdebatte hat bewiesen, daß dieselben bürgerlichen Parteien für die Forderungen, die sie in der Gemeinde erheben, im Reichstag nichts übrig haben.

Diese Feststellung war den Bürgerlichen sehr peinlich. Die Demokraten schwiegen verlegen und Professor Wörner mußte nur zu sagen, daß seine Freunde im Reichstag dieser Frage die ernste Beachtung geschenkt haben.

Genosse Lortius stellte sofort das Eingeständnis Wörners fest, daß bei den bürgerlichen Parteien des Reichstags seine Schritte getan worden sind, den Erwerbslosen zu helfen, daß überhaupt nicht versucht wurde, irgendeinen Einfluß auszuüben.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde als erster Beratungsgegenstand behandelt

die Erhöhung der Bäderpreise.

Nach der Ratsvorlage wird eine Erhöhung der Bäderpreise von durchschnittlich 50 Prozent verlangt. Der gemischte Bäderausschuß hat bereits früher einer Erhöhung zugestimmt.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Ueber diese Vorlage berichtete Genosse Neu. Er wies darauf hin, daß die Frequenz angewachsen ist und daß demnach die Preispolitik des Rates richtig gewesen sei.

Herr Eidmann von der Wirtschaftspolitischen Fraktion trauerte altdadene Weisheiten über die Preispolitik aus. Er beantragte, der Erhöhung nur mit der Maßgabe zuzustimmen, daß sie erst am 1. Juni in Kraft trete.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Eidmann, ebenso die Annahme des Ausschußantrages (nur die Kommunisten lehnten die Zustimmung ab).

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

37 561 000 M. für Schulreinigung in den Osterferien. Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Bei dieser Nachbewilligung verlangte Genosse Böhlert, daß den Scheuerfrauen in den Schulen immer der Tariflohn der städtischen Reinigungsfrauen gezahlt werde.

Die Irreführung des Publikums durch die Markthallenstandinhaber.

Die Neuverfassung der Gebühren für die Zentralmarkthalle hatten die Standinhaber benützt, um in einem Plakat die städtischen Behörden für die Verteuerung der Lebensmittel verantwortlich zu machen.

Genosse Seger kennzeichnete die Irreführung als besonders verwerflich, weil das Plakat der Bevölkerung einzureden suchte, an der Verteuerung der Lebensmittel sei die Erhöhung der Gebühren schuld.

Stadtrat Dix erklärte, daß er verneint gewesen sei, daß die Einwohnerschaft aber sofort über die Unwahrheiten des Plakates aufgeklärt werden soll.

Und nun führte sich der Großhändler Dorn berufen, den Vorwurf der Unwahrheit zurückzuweisen und sein Amt als Stadtverordneter zur Vertretung seiner Händlerinteressen auszuüben.

Schwellend ließ die Wirtschaftliche Vereinigung sich diese Abklärung durch den Genossen Seger gefallen und setzte ohne zu mucken die schallenden Ohrfeigen ein, die Seger ihr verabreichte.

Der unbeschreibbare Lieberasch.

Lieberasch benutzte die Gelegenheit, seine schon oft bekundete Unkenntnis der Geschäftsordnung, der Städteordnung, kurz aller der Voraussetzungen, unter denen die städtischen Körperschaften arbeiten, zum besten zu geben.

Die Kommunisten und die Interessenten brachten es allen fertig, die Irreführung des Publikums gutzuheißen!

Gleichverteilung nach dem Fleischmarkt.

Eine Eingabe des Fleischerverbandes, wegen Einführung geschlachteten Fleisches und wegen Zuziehung von Organisationsvertretern bei Maßnahmen gegen den Verderb wurde, nachdem Genosse Stadtrat Preißner dafür eingetreten war, dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine verpönte Aktion.

In der Sitzung vom 6. Juni stellte der christliche Gewerkschaftssekretär Krumsdorf den Antrag, den Rat zu ersuchen, bei der Landesregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß die durch die in den letzten Tagen in Erscheinung getretenen Unruhen entlassenen Angestellten des Gastwirtsberufes den entgangenen Arbeitslohn durch öffentliche Mittel juristisch ersetzt erhalten.

Der Antrag wurde den Ausschüssen überwiesen, wo die Antragsteller selber einsehen, daß es Welch war, was sie sabotiert hatten.

Herr Krumsdorf wollte einmal das bei den Kommunisten so beliebte Mäandern versuchen, sich durch einen aufs Geratewohl gestellten Antrag beliebt zu machen.

An die öffentliche schloß sich noch eine fast zweistündige nicht-öffentliche Sitzung des Kollegiums.

Werden die Christlichen Elternvereine darauf antworten?

Der Verband Christlicher Elternvereine gab durch sein Organ, die L. N. N., vor den Elternratswahlen 1921 offiziell kund: „Wir werden im Rahmen der Schule eine enge und starke Gebundenheit an dogmatische Form und dogmatische Gesetze. Wir werden

Ihr könnt meinewegen austreiben, wenn wir hier hinkommen — falls ihr könnt, aber solange ihr hier an Bord seid, tut ihr am besten, nicht zu vergessen, wo ihr seid und wer hier befehlt.

Damit schwieg er, während seine scharfen Augen von einem Gesicht zum andern in der zitternden Schar liefen.

Keiner antwortete und der Schiffer runzelte die Brauen. „Habt ihr nicht gehört, daß ich gefragt habe, ob ihr Seeleute seid?“

„Ja, ich bin schon gefahren,“ antwortete eine sanfte Stimme, „aber nie mit einem Matrosenjäger!“

„Na, das ist man gut, daß du dein Mundwerk in Gang bekommen hast,“ brummte der Schiffer, „sind noch mehr da?“

„Nein,“ antwortete, wandte er sich an einen von denen, die neben ihm standen: „Hören Sie, Steuermann, das ist eine verfluchte Sache, wir brauchen Seeleute und nun bekommen wir diese Horde Bauern an Bord.“

„Hört mal zu, Leute, und versucht, ein bißchen lebendig zu werden, damit ihr verstehen könnt, was ich sage.“

„Ich, sieh,“ lachte ein großer, schwarzbärtiger Mann, „nun hängt an, Leben in die Pumpen zu kommen, ich habe bei meiner

Kleines Feuilleton.

Neues Theater. (Meister Guido.) Der römische Maler Guido hat das Bohémertum und das „aus der Hand in den Mund leben“ satt und beschließt, einen Streich zu wagen, um sich zu „raugieren.“

auch nie dafür eintreten, daß kirchliche Oberaufsicht die übrigen von kirchlichen Kreisen niemals mehr gebildet werden wird, die Freiheit der Schule und des Lehrers beherrschte. Sind diese Worte innerer Überzeugung gewesen, nicht bloß Scheinheiliges Wahlmanöver, so müssen die Christlichen jetzt unverzüglich einen klaren Protest gegen den Reichsschulgesetzentwurf richten, wie er von den bürgerlichen Parteien auf dem Zentrum der Heiligkeit zusammengefaßt wird. Im Geiste des Bekenntnisses sollen danach Lehrpläne und Lehrbücher, jede Lehrmethode und jedes Lehrfach gehalten sein; das heißt hochstump und klar: Unterwerfung allen Unterrichts unter das Dogma. (Denn wenn es sich bloß um eine allgemeine kirchliche Schule handeln würde, durchdrungen von christlicher Moral und christlicher Ethik, dann könnten doch getrost Evangelische und Katholiken an einer Bank nebeneinander sitzen; die Schulerschlagung erfolgt ja gerade um der verschiedenen Sonderdogmen willen!)

Zener Entwurf beherrscht weiter: „Die Religionsgesellschaften sind beauftragt, durch ihre berufenen Vertreter sich darüber zu unterrichten, ob die Erteilung des Religionsunterrichts mit ihren Grundsätzen übereinstimmt.“ Das ist klipp und klar die Aufficht über den Lehrer durch den Geistlichen. Dagegen haben Generationen von Lehrern angekämpft, weil sie es als entwürdigend empfanden, von nicht sachmännlich vorgebildeten Angehörigen eines anderen Standes inspiziert und zur Rechenschaft gezogen zu werden. Der 9. November 1918 hat die Lehrgesellschaft von kirchlicher Knebelung befreit — 1921 erreicht die rückschlägige Bewegung schon wieder einen Gipfel, weil der Alerus und die Valenorthologie den Fehel richtig bei den geschickten Körperlichkeiten anzulehnen verstanden haben. Die Volksschule — und nur sie, nicht die höhere Schule! — wird wieder Kirchen- und Staatsschule. Der Staat zahlt zwar für sie; regiert und in ihrem Charakter bestimmt wird sie jedoch von Päpsten, Bischöfen, Priestern und (oft mehr als päpstlichen) Laien. Wollen die kirchlichen Elternvereine diese Erniedrigung der Schule zum Anhängel der Kirche? Wie wenig kannten sie 1921 die kirchliche Führung, als sie behaupteten, kirchliche Oberaufsicht werde „niemals mehr“ gefordert werden! Inzwischen haben sich alle maßgebenden Stellen, insbesondere der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, für das Recht der Kirche, den Religionsunterricht zu beaufsichtigen, unzweideutig ausgesprochen.

Werden unter diesen Umständen die kirchlichen Elternvereine ihre einstige Parole mannhaft aufrechterhalten und offen und energisch für die „Freiheit der Schule und des Lehrers“ eintreten? Oder haben sie auf Gehel der „volkstümlichen“ Machtüber umgelegt? H. H. w. g.

Was Bordelle einbringen.

Man schreibt uns: In der diesjährigen Versammlung des Vereins für Sexualreform, die Sonnabend, den 2. Juni, im Evangelischen Vereinshaus stattfand, wurde vom Geschäftsführer des Vereins mit dem Thema: Prostitution und Mädchenhandel mitgeteilt, daß nach Schluß der letzten Obermesse der Wert von blauen Affen 15 000 000 Mk. seinem Bankkonto übermessen hat. Hier wäre wohl die Frage berechtigt: Wer wird am meisten ausgewuchert, die Bewohnerinnen oder die Besucher dieses Hauses? Und weiter muß man fragen, ob diese „Spesen“ zahlreicher Einkäufer und Aussteller im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegen. Denn letzten Endes müssen sie von den Verbrauchern bezahlt werden.

Internationaler Bund der Kriegssopler:

Man schreibt uns: In Nummer 134 vom 12. Juni 1923 verfaßt in der sächsischen Arbeiterzeitung der Kommunist Otto Brey eine Attacke gegen den Ortgruppenvorstand und aus persönlichen Motiven gegen den ersten Vorsitzenden zu retten. Wehlich wie in den Gewerkschaften, verhalten sich die Kommunisten auch in Leipzig die Leitung des Internationalen Bundes „zu erobern“. Vergebliche Mühe. Anlaß, dieses Ziel zu erreichen, bietet die ungeheure Not der Kriegssopler, die infolge des Verlangens der Reichsregierung ins Unvergleichliche gesteigert wird. Mittelsdubbi ist das Kandesamt für Kriegssopler in Dresden, das unter Leitung des oberreaktionären Militärattachés Dr. Barnow nichts unternimmt, die Not zu lindern. Dem Ministerium des Innern ist dringend zu empfehlen, hier baldige Abhilfe zu schaffen. Es ist eine feststehende Tatsache, daß Kriegssopler weniger Mente erhalten, als die Stadt Armenunterstützung gewährt. Diese Notlage wird sehr von den Kommunisten ausgenützt, und der Versuch gemacht, diese Mente vor ihren Parteifarzen zu spannen. Auf das Geschrei einer moralischen Qualität wie Brey einzugehen, erübrigt sich vollständig, zeigt es doch den Funktionären und insbesondere den Mitgliedern, in welchem gemeingefährlichen Lügenhafter Welle hier Material zum Verarbeiten wird. Seit es doch hier einmal in aller Öffentlichkeit, wie die proletarische Einheitsfront von den Kommunisten hergeleitet wird. In einer am 12. d. M. von der Untergruppe Zentrum veranstalteten Versammlung hat sich bereits unter Führung der Kommunisten die Untergruppe von der Ortgruppe gelöst. Der gesunde Sinn der Mitglieder und die jahrelange praktische Arbeit aller Genossinnen und Genossen, insbesondere der BSW, bürgen dafür, daß Sumpfbüßen in der Ortsgruppe Leipzig des Internationalen Bundes nicht hochkommen. Der Vorstand der Ortsgruppe Leipzig des Internationalen Bundes wird auch weiterhin die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen, wie sie es von ihm bisher gewohnt gewesen sind.

Wohnungen für die Verdrängten aus dem Ruhrgebiet. Das Deutsche Reich schreibt uns: Es fehlt immer noch in Stadt und Land an Unterkünften für Beamte und Holzpersionen, die aus dem Rhein- und Ruhrgebiet verdrängt werden. Erwünscht sind vor allem leere Wohnungen, ferner möblierte Unterkünfte für einzelne Personen und Familien, für letztere möglichst mit Küchenbenutzung und Angabe auf Herstellung von Wohnungen durch Um- und Ausbau, wobei das Reich die Kosten nach Genehmigung übernimmt. Jeder Verdrängte entrichtet eine angemessene Miete. Im Besonderen der Wohnungsinhaber zu befehlen, hat der Reichsarbeitsminister in einem Rundschreiben an die Landesregierungen

gilt. Er ist eingeladen in das Schloß des kunstliebenden Grafen Durante in den Albaner Bergen, dessen Tochter Amata er malen soll. Hier steht er wie ein Fiskus im Reiche der Kunst ein; die Mittel dazu stellen Freunde, die jeden einen Erfolg errungen. Sein Freund Mosca und dessen junge Frau Flametta, letztere in Pagengewand, gehen als seine Diener mit ihm. Guido tritt ein und Manieren gewinnen ihm die Sympathien auch der adelsstolzen Frau Gräfin, während der kunstfreundliche Graf ihm von Anfang an geneigt war. Nun könnte Donati mit seiner schönen Tochter kommen; der Boden ist bereitet — aber inzwischen hat sich Meister Guido in die Grafentochter Amata und diese in ihn verliebt. Als Donati dennoch erscheint und mit dem Vater als Schwiegerjohn zurückzieht, ist gefestigt ihm Guido, wie er nur mit erborgtem Glanz gearbeitet habe. Der Florentiner benimmt sich wie ein Herr und die schöne aber dumme Gräfin wie ein Gänsechen. Grund genug für Guido, seine Liebe zu Amata zu verfinden und nach anfänglichem Sträuben die Einwilligung der gräflichen Eltern zu erhalten. So feiern nicht Guido und Gräfin sondern Guido und Amata Verlobung unter der Halbgebung der Freunde aus der römischen Künstlerkneipe des braven Sontazio.

Der Text hat seine Schwächen; er könnte lustiger und lebenswilder, und vor allem dramatisch wirkungsvoller aufgebaut sein. Donati hätte schon im ersten Akt kurz eingeführt sein können, und die reizvolle Szene, wo der durch das heftige Liebeswerben der mannstollen Jose erkrankte Page ins Schlafkammer der Grafentochter flüchtet und dieser sein wahres Geschlecht entdeckt, hätte der Kunstamateur Roedel sich nicht entgehen lassen sollen. Die gewisse Schwermütigkeit, mit der Roedel, der Textdichter, so mancherlei entwickelt hat, hindert nicht anzuerkennen, daß man an vielen anderen dieser Oper keine Freude haben kann. Was die Hauptsache ist: Vor Roedel, dem Meister, darf man den Hut ziehen. Es ist nicht der lässliche Glanz eines Wolfes, sondern der des Mannes in seinen Tönen, findet, nicht die fetternde, sprühende, raffige und vielbewegliche Art eines d'Albert — aber es ist doch beschwingte, echt empfundene, farbige, noble und an den Stellen des Affektes wie auch gegen den Schluß des Ganzen hin prächtig gezeichnete Musik, voll Wohlklang

darauf hingewiesen, daß die Wohnungsämter späterhin nicht beabsichtigt sein sollen, Räume deshalb als entbehrlich anzusehen und zu beschlagnahmen, weil sie zur Unterbringung Ausgewiesener zur Verfügung gestellt wurden. Es wird gebeten, Angebote an die Landes- bzw. Provinzialverwaltungen vom Kreisamt in den Landes- bzw. Provinzialhauptstädten oder an Abteilung XI des Deutschen Reichs Kreuzes, Berlin W. 15, Palantstraße 23, zu richten.

Es wird vor allem Sache der Besizer den Heil, die heute noch über große Wohnungen verfügen, Räume an die Verdrängten aus dem Ruhrgebiet abzutreten.

Straßenbahnfahrpreis 700 Mk. Von der Großen Leipziger Straßenbahn wird uns geschrieben: Wie bereits schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, ist zur Deckung der Mehrausgaben von insgesamt 9,45 Milliarden Mark die Erhöhung der Grundfahrpreise auf 700 Mk. erforderlich. Diese Tarifänderung soll nunmehr, nachdem die Stadtverordneten Zustimmung erteilt haben, vom 18. d. M. an zur Durchführung gelangen. Unverändert beibehalten werden die Fahrpreise für Kriegsschadige und Kinderfahrpreise, sowie für Fahrten von 12 Uhr nachts an.

Die höheren Fahrpreise auf der Leipziger Außenbahn treten schon am 15. Juni in Kraft.

Die neuen Gas-, Wasser- und Strompreise. Auf Grund der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1922 stellen sich infolge der eingetretenen Kohlenpreiserhöhungen, Fracht- und Lohnsteigerungen die ermittelten Durchschnittspreise für die etwa in der zweiten Hälfte Juni 1923 zur Abholung gelangenden und bis zu zwei Monaten zurückreichenden Verbrauch der Gruppe B der Abnehmer, nämlich diejenigen der Gangnummern mit den Endziffern 7—12, 32—37, 57—62 und 82—87 (Rechnung 11/1923) wie folgt: für Gas 880 Mk. je Kubikmeter, für Licht- und Kraftstrom (Einheitspreis) 1200 Mk. je Kilowattstunde, für Wasser 470 Mk. je Kubikmeter. Gleichzeitig treten mit Wirkung ab 16. Juni 1923 erhöhte technische Gebühren in Kraft.

Verkauf von Briefen. Die Ausstellung von Landbesitzscheinen auf Werte, die der amtlichen Verteilungsstelle Halle unterstellt sind, muß bis auf weiteres eingestellt werden, da über die von dieser Stelle überwiesenen Mengen bereits verfügt ist.

Zentrale für Jugendfürsorge. Für die Helfer von Alt-Leipzig findet Freitag, den 15. d. M., um 7 Uhr in der Volksschule in der Gledensstraße die Monatsversammlung für Juni statt, zu der alle Helfer der inneren Stadt erscheinen möchten.

Zoologischer Garten. Die Direktion gibt bekannt, daß am Freitag, dem 15. Juni, abends 1/8 Uhr, die Aeschenanlagen gesäubert werden. — Der Zutritt ist in dieser Zeit nur erwachsenen Interessenten gestattet.

Kinderchor Leipzig-West. Sonntag, den 24. Juni, Konzert in Saaleubühne. Meldung zur Teilnahme morgen Freitag, den 15. Juni, in der Singstunde. (Eine Tour wird gefahren, die andre gelaufen.) Sozialistische Kindergruppe, jeden Mittwoch Spielen auf der Schanzenwiese.

Sozialistische Kindergruppe Schönefeld. Nächsten Sonnabend, nachmittags Punkt 2 Uhr, von der Filiale Komatz nach Gräßdorf zum Volksfest. Erwachsene können sich daran beteiligen. Dienstags Spielen von 8—9 Uhr in der alten Schule. Groß und Klein kann daran teilnehmen.

Vollzeitsnachrichten.

Blindablenkerdiebstahl! An einem der letzten Tage sind in der Ellenburger Straße von einem Dach fünf Blindablenker, Kupferstücke mit Platinspitzen, gestohlen worden. Vor Ankauf des Platins wird gewarnt. Bei Verdacht gebe man der Polizei schnellstens Nachricht. Auf Ermittlung der Täter sind 200 000 Mk. Belohnung ausgesetzt worden.

Diebstahl von vier Ziegen! Durch Einbruch sind in der Nacht zum 10. d. M. in L.-Großhändler zwei alte und zwei junge langhaarige Ziegen gestohlen worden. Es wird vermutet, daß die Täter die jungen Ziegen am Tatort abgeschlachtet, die alten Tiere aber lebend weggeschafft haben. Etwas Bahnehmungen teile man schnellstens der Polizei mit. Auf Ermittlung der Täter werden 100 000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Aus der Umgebung.

Zwenkau. Vor dem hiesigen Amtsgericht befinden sich zwei Fahnenstangen, eine sächsische, weiß-rot gestrichen, und eine andre, vollständig weiß gestrichen, welche eine deutsche Fahnenstange vorstellen soll. Bei näherer Betrachtung findet man bei letzterer einen kleinen bunten Ring in den Farben der deutschen Republik, aber nicht viel breiter als eine Urmbinde. Diese Fahnenstange wirkt wie eine beschämliche Verhöhnung der Republik und müßte schleunigst beseitigt werden. Ein wirklich verfassungstreuer Gerichtsvorstand dürfte gar nicht erst auf diese Angehörigkeit aufmerksam gemacht zu werden brauchen.

p. Scheuditz. Am 7. Juni waren die Stadtverordneten zu einer vierstündigen Sitzung zusammengetreten. Die Tagesordnung wies kaum einen Punkt auf, der großes Interesse erregt hätte. Außerhalb der Tagesordnung wurde die geplante Kilowattanleihe besprochen. Der Stadtverordnete Gade erbatte hierzu das Referat. Das hiesige Elektrizitätswerk ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Abhilfe muß geschaffen werden, wenn nicht der Fall eintreten soll, daß wegen zu großer Überlastung das Werk zusammenbrechen soll. Magistrat und Werkkommission haben sich einmütig entschlossen, einen Teil des städti-

und Melodie. Das alles und dazu die volltönende Instrumentation mit den nach Bläserlicher Art immer geschmackvoll behandelten Holzbläsern mochten das Herz warm, und man läßt all die kleinen Szenen, Liedlein und Duette wie die großen Ensembles, die der Komponist mit kräftiger, kundiger Hand führt, mit wirklichem Vergnügen an sich vorübergehen. Man hätte noch mehr Freude an der Sache gehabt und der Erfolg des Ganzen wäre noch kräftiger gewesen, wenn zu der im allgemeinen munteren Darstellung ein besseres Singen und schönere, fröhlichere Stimmen gekommen wären. Am Rudolf Jagers (Guido) Organ war es wiederholt schlimm bestellt; das Schlußbild des zweiten Aktes wäre ganz in Frage gestellt worden, hätte hier nicht Rosa Lind (Amata) so wunderschön gesungen. Mit Spielerei gaben sich die Damen Bergau (Gentucca), Elise Schütz, Dornburg (Flametta) und der Herren Bockelmann (Graf), Wogt (Mosca) und Sommer (Donati) ihren Rollen hin. Die Regie (Max Hofmann) hätte die Silhouetten der nächsten Szenen mit ihrem Humor noch klarer und bildhafter herausarbeiten können, in die dastischen Massen Szenen des ersten und letzten Bildes mehr Steigerung und Rhythmus — nach dem Muster der hierin freilich unvergleichlichen Russen Tatroffs — bringen sollen. Das Orchester unter Szendrei hielt sich prächtig; der Beifall, den das Werk fand, war herzlich und stark.

Schauplatzhaus. Der Kreis, ein Konversations-Lustspiel von W. S. Maughan, das am Donnerstag zur Erstaufführung kommt, ist in den Hauptrollen besetzt mit: Stella David (letzte Rolle im ständigen Engagement), Nora Altisch, Franz Stein, Hanns Steiner, Bernhard Wildenhain, Albert Martens. Regie: Paul Peters. — Die Sommererziehung, die bisher unter dem Zeichen Anton Franks stand, beginnt am Sonnabend, dem 30. Juni, mit dem neuen Schwank von Arnold und Bach Der Kühne Schwimmer. Für die komische Hauptrolle ist es gelungen, Guido Theilhaber zu gewinnen. Guido Theilhaber, der populärste deutsche Komiker, hat damit zum ersten Male einen längeren Vertrag außerhalb Berlins abgeschlossen.

Ausstellung der Galerie Des Bechig. Neben einigen Gemälden von Wih. Heibel, Andreas Achendach, Paul Thiem, Ludwig

chen Kees vom Welt abzuhängen und an die Ueberlaufenerkraft anzuschließen. Die Kosten sind bei den derzeitigen Preisen enorm hoch. Nach einer Vorlage sollen diese in Höhe von circa 350 Millionen Mark durch eine wertbeständige Anleihe aufgebracht werden. Wird diese nicht freiwillig aufgebracht, so soll bei Abnehmen von über 80 Kilowattstunden im Jahre der Zonag einlehen. Auch die Großabnehmer von Wasser sollen zur Zeichnung verpflichtet werden. Die Anleihe soll in Eviden von je 50, 100, 200 und 500 Kilowatt abgegeben werden. Der Grundpreis für 1 Kilowatt beträgt bei sofortiger Zeichnung 1000 Mk. Die Verzinsung erfolgt gleichfalls in Kilowatt und kann auf den Stromverbrauch gutgeschrieben werden. Der Zinsfuß beträgt 6 Prozent. In der Diskussion wurde der Vorlage im allgemeinen zugestimmt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Anleihe gut angenommen werde, so daß kein Zwang zu erfolgen braucht. Mühte die Stadt sich an eine Hypothekbank wenden, so wären die aufzubringenden Kosten für Verzinsung und Abschlußprovision enorm hohe. Der abzugebende Strom würde dadurch ganz enorm verteuert.

Sächsische Angelegenheiten.

Kurzarbeit und Fortbildungsschule.

Bei Einführung von Kurzarbeit, zu der sich infolge der veränderten Wirtschaftslage zahlreiche Betriebe genötigt sehen, ist erwünscht, daß den jugendlichen Arbeitern, die zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet sind, nicht noch ein weiterer Lohnausfall dadurch erwächst, daß der Unterricht in der Fortbildungsschule an einem Tage stattfindet, an dem in dem betreffenden Betriebe gearbeitet wird. Bei der Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse läßt sich ein solches Zusammentreffen von Unterricht und Arbeitszeit nicht überall vermeiden; in diesen Fällen wird es jedoch, und namentlich an Orten mit vorwiegend gleichartigen Betrieben, durch eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Schule ermöglicht werden können, daß die Kurzarbeit bestimmte Tage arbeitsfrei gelassen werden, an denen der Fortbildungsschule Unterricht stattfindet. Das Unterrichts- und das Wirtschaftsministerium haben die örtlichen Schulverwaltungen angewiesen, wo sich eine solche Regelung als nötig herausstellt, mit dem in Betracht kommenden Arbeitgeber zu verhandeln, aber auch ihrerseits bei der Festlegung der Unterrichtszeit, soweit es die Verhältnisse zulassen, Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gewerbebetriebe zu nehmen. Es ist im Interesse der Schule und der Schüler erwünscht, daß die Arbeitgeber solchen Bemühungen der Schulverwaltung nach Möglichkeit Entgegenkommen zeigen.

Verordnung über die Zuschläge zum Reichsmietengesetz.

Das sächsische Justizministerium hat auf Grund der 3. Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vom 28. Mai 1923 (RGBl. S. 115 ff.) im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern — Landeswohnungswesen — mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab folgendes bestimmt:

1. Der Zuschlag für den Zinsendienst (§ 8) wird einheitlich für ganz Sachsen jährlich auf eine Grundmiete festgesetzt.
 2. Die Rahmenhöhe für den Verwaltungsaufwand des Eigentümers (§ 10) werden bei Wohnräumen jährlich auf mindestens vier und höchstens acht Grundmieten bestimmt. Für gewerbliche Räume, deren Friedensmiete 600 Mk. und mehr beträgt, ermäßigt sich der Zuschlag auf ein Drittel der vorstehenden Höhe. Für gewerbliche Räume mit geringerer Friedensmiete gelten die Rahmengrenzen von § 1 mit der Maßgabe, daß der Zuschlag für den Verwaltungsaufwand nicht höher sein darf als der Zuschlag bei gewerblichen Räumen mit 600 Mk. Friedensmiete.
 3. Der Zuschlag für laufende Instandhaltungsarbeiten nach § 16 Abs. 2, der nur einen Mindestzuschlag darstellt und in allen denjenigen Gemeinden gilt, in denen keine höhere Festsetzung erfolgt ist, wird jährlich auf 100 Grundmieten festgelegt.
- Die Gemeinden haben bei der Bekanntmachung der endgültig festgesetzten Zuschläge
- a) den vorstehend unter 1 festgesetzten Zuschlag für den Zinsendienst,
 - b) den von ihnen innerhalb der Rahmengrenzen unter 2 beschlossenen Zuschlag für den Verwaltungsaufwand bei Wohnräumen und gewerblichen Räumen,
 - c) die von ihnen nach § 11 festgesetzten, in Hundertsätzen der Grundmiete zu berechnenden Zuschläge für die Hausmannsarbeiten,
- besonders zu veröffentlichen.

Rückgang der Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit.

Die letzte Beseitigung der Gesamtarbeitsmarktlage in der Woche hielt auch in dieser Woche an. Teilweise sind die Betriebe der Hauptindustrien sogar wieder zur vollen Beschäftigung ihrer Belegschaft übergegangen, so daß eine weitere erfreuliche Abnahme der Zahl der Kurzarbeiter und Erwerbslosen verzeichnet werden konnte.

Die sächsische Wasserkraftgewinnung.

Der Ausschuß B des sächsischen Landtages beschloß sich mit einem Antrag, die Regulierung der vorhandenen Wasserläufe zur Gewinnung elektrischer Energie betreffend. Eine Eingabe der Stadt Ebersfelder auf Errichtung einer Talsperre mußte wegen der zu hohen Kosten (8 Milliarden!) abgelehnt werden. Die Regierung teilte mit, daß die Wasserkraft-

Dill, Otto Dill, Philipp Köhler, Wihl. Wozak, Chr. Heuser und A. Weissen sind umfangreiche Kollektionen von Original-Notierungen von Joseph Haydn, Ferd. Staeger, Louis Corinthe, u. a. m. vertreten. Max Ringers schönster Cello, „Tom Lobe II.“ ist in hervorragender Weise vollständig ausgestellt.

Konzertsaal der Musik. Freitag, den 15. Juni 1923, abends 8 Uhr, Aufführungabend. Eintrittskarten einschließlich Kartenzsteuer 1000 Mk.

Niederliche Bereinigung der Arbeiterunterstützung und Volkshochschule Leipzig. Sonnabend, den 16. Juni 1923, abends 7 1/2 Uhr, im Hörsaal 2 des Sozialpädagogischen Frauenseminars, Röntgenstraße 20, Vortrag des Herrn Dr. Schipper über Arbeiterbildung. Gäste willkommen.

Eingelaufene Schriften.

Beiträge zur Stadtgeschichte. Heft 1. Schulze: Die Entwicklung des Leipziger Kunstvereins. Walter Bielefeld, Verlag, Leipzig.

Prof. Dr. Langstein: Ernährung und Pflege des Säuglings. Verlag von Julius Springer.

Walter Loh: Volkstrategie und öffentliche Finanzen in Deutschland. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig. Hans Breitensträter: Meine Kämpfe. Dr. Exner u. Co., A.-G., Berlin.

Dr. med. Erich Ebbstein, Eising. Die zwecklose Aufopferung kranker Schwangerer. Volkstümlich gehaltene Aufklärungsschrift. Selbstverlag des Verfassers.

Für die neue Beamtenbewegung! Tatsachenmaterial gegen den Deutschen Beamtenbund. Heft 1 der Schriftenammlung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Verlagsabteilung des A. D. B., Berlin NW. 32.

Martin Andersen Regö: Proletariatsnovellen. Verlag Albert Langen, München.

Nachstehend die von der VSPD. u. dem Gewerkschaftskartell vorgeschlagenen u. durch Urwahl am 27. Mai
gewählten Generalversammlungs-Vertreter für den Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg. E. G. m. b. H.

Stimmbezirk I (Westen) 45 Vertreter.
Lorus, Alois, L. Lindenau, Gumborfer Straße 44
Philipp, Theodor, L. Lindenau, Demmeringstraße 44a
Lein, Philipp, L. Lindenau, Blümlerstraße 8
Janer, Georg, L. Schlegel, Brodhausstraße 70
Inselmann, Alfred Martin, L. Sobl., Könnertstr. 25, II
Häber, Kurt, L. Schlegel, Seumstraße 61
Lecmann, Heinrich, L. Lindenau, Calviusstraße 26
Zeller, Peter, L. Lindenau, Oedermannstraße 4, III
Zeller, Paul, L. Lindenau, Josephstraße 42
Schönbrodt, Otto, L. Lindenau, Reuterstraße 53, II
Srinus, Thomas, L. Lindenau, Raduisstraße 6
Maulschmidt, Richard, L. Lindenau, Oedermannstr. 13
Aue, Gustav, L. Lindenau, Hlbrandstraße 10
Schmidt, Louis, L. Lindenau, Schadowstraße 11
Lohse, Heinrich, L. Lindenau, GutsMuthstraße 21
Kühler, Wilhelm, L. Lindenau, Albertinstraße 53, III
Lohse, Ferdinand, L. Lindenau, Calviusstraße 31
Schneider, Wilhelm, L. Lindenau, Pleierstraße 85
Keller, Franz, L. Lindenau, Demmeringstraße 53
Lütich, Albert, L. Lindenau, Merzburger Straße 45
Grebs, Hermann, L. Lindenau, Albertinstraße 19, I
Lütich, Albert, L. Plagwitz, Kolbestraße 3, IV
Lendenreich, Emil, L. Plagwitz, Kottnerstraße 48, v.
Ludmann, Theodor, L. Lindenau, Raduisstraße 13
Lil, Robert, L. Plagwitz, Gleisstraße 14
Leinold, Artur, L. Lindenau, Credtstraße 10, v.
Löffler, Walter, L. Lindenau, Gostowskystraße 6, III
Loh, Oswald, L. Lindenau, Plafonierstraße 2
Stephan, Artur, L. Lindenau, Josephstraße 47
Weidel, Kurt, L. Plagwitz, Talmstraße 41, III
Liem, Alfred, L. Kleinisdorfer, Elisenhölle 85
Lorenz, Hans, L. Kleinisdorfer, Gieselerstraße 79, IV
Schäkel, Hermann, L. Kleinisdorfer, Würzburger Str. 71
Langer, Karl, L. Kleinisdorfer, Bahnhofsstraße 18
Littmann, Paul, L. Kleinisdorfer, Gieselerstraße 68
Ludmann, Hermann, L. Kleinisdorfer, Kreuzbergstr. 16, III
Lüder, Albert, L. Kleinisdorfer, Gieselerstraße 81
Lüder, Christoph, L. Kleinisdorfer, Würzburger Str. 13, I
Lied, Albert, L. Kleinisdorfer, Hauptstraße 117
Lommer, Artur, Knauffleberg
Lüblich, Frieda, L. Kleinisdorfer, Grenzstraße 1b
Lettmann, Alfred, L. Kleinisdorfer, Lindenauer Str. 19, I
Ludwig, Wilhelm, Böhl, Ehrenb., Weitalossstr. 40
Loh, Max, Marktstraße, Eisenbahnstraße 4
Schmidt, Heinrich, Groß-Plagwitz, Hauptstraße 31

Stimmbezirk II (Zentrum) 23 Vertreter.
Lorenz, Hans, Leipzig, Brandvorwerkstraße 55
Lange, Franz, Leipzig, Sophienstraße 34
Lohndorf, Ernst, Leipzig, Steinstraße 36, IV
Loh, Ernst, Leipzig, Dörrienstraße 11, II
Lohr, Gustav, Leipzig, Sidolok 10, IV
Loh, Karl, Leipzig, Marktstraße 10, S. III
Lohndorf, Hermann, Leipzig, Reichstraße 43
Leinold, Bernhard, Leipzig, Moltkestraße 26
Lichter, Adolf, Leipzig, Berliner Straße 11

Stimmbezirk III (Süden) 14 Vertreter.
Reinhardt, Sem., L. Connewitz, Frobergstr. 40, III
Thomas, Richard, L. Connewitz, Am Bogen 19, I
Lohse, Ida, L. Connewitz, Simidenstraße 11, III
Lohndorf, Fritz, L. Connewitz, Simidenstraße 28, III
Schulz, Karl, L. Connewitz, Bornallee Straße 83, I
Lohmann, August, L. Connewitz, Weidebachstr. 1, vt.
Lorenz, Hans, L. Connewitz, Frobergstraße 36, vt.
Lohr, Adolf, L. Connewitz, Weidenstraße 18, III
Lohr, Adolf, L. Connewitz, Weidenstraße 25, III
Lohr, Adolf, L. Connewitz, Weidenstraße 35, III
Lohr, Adolf, L. Connewitz, Weidenstraße 110, II
Lohr, Adolf, L. Connewitz, Weidenstraße 15, II
Lorenz, Hans, L. Connewitz, Weidenstraße 10, I
Schreier, Hans, Döblich, Sildstraße 15

Stimmbezirk IV (Südosten) 18 Vertreter.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Hohenzollernstraße 1, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Josephinenstraße 43
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Thonstraße 19, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Thonstraße 19, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Thonstraße 19, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Thonstraße 19, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Thonstraße 19, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Thonstraße 19, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Thonstraße 19, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Thonstraße 19, I

Stimmbezirk V (Nordosten) 33 Vertreter.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 42
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 12
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 14
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 30
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 35, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 52a

Stimmbezirk VI (Norden) 28 Vertreter.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 5, v.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 20, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 3, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 6, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 10
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 15, IV
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 11, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 42, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 16, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 143, S. II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 27, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 174
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 25, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 314, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 54
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 14
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 9, S. II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 16, part.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 7, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 56, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 124, part.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 75, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 20
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 2, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 21, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 103, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 21, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 53, II

Stimmbezirk VII (Südwesten) 28 Vertreter.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 5, v.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 20, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 3, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 6, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 10
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 15, IV
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 11, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 42, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 16, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 143, S. II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 27, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 174
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 25, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 314, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 54
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 14
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 9, S. II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 16, part.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 7, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 56, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 124, part.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 75, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 20
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 2, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 21, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 103, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 21, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 53, II

Stimmbezirk VIII (Südwesten) 28 Vertreter.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 5, v.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 20, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 3, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 6, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 10
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 15, IV
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 11, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 42, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 16, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 143, S. II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 27, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 174
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 25, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 314, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 54
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 14
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 9, S. II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 16, part.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 7, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 56, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 124, part.
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 75, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 20
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 2, I
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 21, III
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 103, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 21, II
Lohndorf, Ernst, L. Connewitz, Kreuzstraße 53, II

Große Leipziger Straßenbahn.
Zum 18. Juni 1923 an erhöht sich der
Grundfahrpreis auf 700 Mt.
Leipzig, den 13. Juni 1923.
Die Direktion.

Leipziger Anbahn-Altien-Gesellschaft.
Zum Freitag, dem 15. Juni 1923, an
erhöhen sich die Einzelfahrpreise je Ueber-
gangsstrecke um 400 bis 500 Mt., je
Vollstrecke um 200 bis 370 Mt. und
die Preise für Bahnfahrkarten im
entsprechenden Verhältnis. Ueber die
neuen Fahrpreise unterrichtet die im
Wagen ausgehängte Tarifblätter.
Die Bedingungen für die Ausgabe
und Benutzung der Fahrtausweise bleiben
unverändert.
Die bis einschließlich 14. Juni aus-
gegebenen Bahnfahrkarten werden zur
Erleichterung des Ueberganges bis
einschließlich 22. Juni 1923 anerkannt; der
Umtausch erfolgt in den bekannten Dienst-
stellen bis zum 29. Juni 1923.
Die Gültigkeit der im obigen Tarif
zur Ausgabe kommenden sowie unge-
tauchten Bahnfahrkarten wird auf keine
Anwendungszeit bedrängt.
Leipzig, am 13. Juni 1923.
Die Direktion.

3000 Mt. zahlen wir Kampolba
sofort Bilde (Brot), Käse, Wurst, ver-
schieden. - Schwaben. Zu haben: Schletter-
str. 12, Gohl, Dall. Str. 57, Plag., Quer-
walb, Josephstraße 17, Köhlig, Ranftische
Gasse 3. Ausgeschlossen u. aufbewahren!

Dienstagabend verstorben sanft
meine liebe Gattin, meine gute
Mutter, Schwester, Schwägerin,
Schwieger- und Großmutter, Frau
Martha Männicke
verw. Fländörflor geb. Hahn
L. Lindenau, Sebelstr. 4.
Otto Männicke
im Namen der Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, vormittags 11 Uhr, von
der Kapelle des Lindenauer Fried-
hofs aus statt.

**Zentralverband der
Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschlands**
Geschäftsstelle Leipzig
Bureau und Arbeitsnachweise: Volkshaus, Zeltner Str. 32, II., Zimmer 26 u. 29
Besprechungszeit: 8 bis 10 Uhr Vorm. und 5 bis 6 Uhr Nachm. Fernsprecher 7612

Sonabend, den 16. Juni, abends 7 1/2 Uhr
im Volkshaus (Gartenlaal)

Mitgliederversammlung
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Jacobi-Berlin
über: **Dampfheizüberwachungsstellen.**
2. Bericht. 3. Gewerkschaftsangelegenheiten.

Zu dieser Versammlung sind die Herren Ingenieure des
Dampfheizüberwachungsvereins, sowie auch die Gewerbe-
aufsichtsämter geladen. Da dieser Vortrag für alle von großer
Bedeutung ist, erwarten wir einen zahlreichen Besuch.
Mitgliedsbuch am Eingange des Saales vorzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Teilzahlung
Bettwäsche, Damenwäsche,
Zwett, Gardinen, Handtücher,
Barchent, Normalhemden,
Einfachhemden, Barchent-
hemden, Unterhosen,
Reiserhose, Röcke, Blusen,
Kinderkleider, Jumper,
Sofen und Toppen.

B. Krieger Tauchaer
Straße 48.

Drucksachen
für
jeden vorkommenden Bedarf
werden schnellstens geliefert.
Der neuzeitlich eingerichtete
Rotationsbetrieb ist bestens
geeignet zur Herstellung von
Prospekt-Massenaufgaben

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Tauchaer Straße 19/21
Telefon 4596

Patentanwaltbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Am Mittwoch, früh 9 Uhr, verschied nach fünf-
monatlichem, schwerem u. schmerzreichem Kranken-
lager im Krankenhaus St. Georg, im 27. Lebens-
jahre, meine innigstgeliebte Frau, die Mutter
unseres Helmut, unsere gute liebe Tochter, Schwester,
Schwiegermutter und Schwägerin
Gertrud König geb. Röschel
Leipzig-Lindenau, den 13. Juni 1923
Burgauerstraße 5.

In tiefstem Schmerze
Familie **Franz Röschel** und Hinterbliebene.
Die Einäscherung findet am Sonntag, dem
16. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Süd-
friedhof statt. - Beileidsbekundung und gesandte
Blumenpenden werden dankend abgelehnt.

Metallsortierer
ehrlich, branchekundig, möglichst aus der
Altimetallbranche, in dauernde Stellung
per sofort gesucht

Adolf Förster
Alteisen- und Metallgroßhandlung
Schützenstraße 15

Trotz des hohen Dollarstandes
kaufen Sie noch sehr preiswert
Stoff- Anzüge
Manchester Hosen
Pilot-, Sport- Hosen
Militär- Joppen für Sommer
Jagd- u. Schifflinen- u. Gummi-Mäntel

u. Gummi-Mäntel

Gebrüder Sprung
bei Windmühlenstraße 43 Gerborstraße 16
Telephon 26300.

Gold- Silberwaren, Platin, Brillanten
kauft **Strauß & Co.**
Zeitner Str. 39
gegenüber dem Volkshaus. **Kein Laden**

8 Maurer
nach Hartmannsdorf und Lim-
bach für sofort gesucht.
= Unterkunft vorhanden. =
Annahme Sonabend, 4 Uhr nach-
mittags, Gasthof Leipzig-Thonberg,
Reitzenhainer Straße 150.

Damen- Herren-
Anzüge
Schlupfer
Coutaways
Hosen
Gummi-Mäntel
verf. billigst bei
Zahlungserleichterung,
ohne Preisaufschlag

K. Hertlein
Eisenbahn-
straße 33 II.

Billige neue Mäntel
Kleider, Blusen, Röcke
verf. Barchent-Str.
nur 11, I.

2. unterhalt. Bekleidungs-
gegenstände zu verkaufen, Schrey,
Eisenbahnstraße 147 I

Berufskleidung
kauft man
gut und preiswert
bei
Metzgers Nachf.
Berufskleider-Fabrik
nur
Windmühlenstr. 31
Ecke Liebigstraße 1
Telephon 12056

Günstige Bezugsquelle für Wiedervorkäufer

Alte Fahrräder
als: Herr- u. D. Räder
Transport- u. Kinder-
räder, auch defekt,
sowie alte Teile tauft
sich und halt ab

Baumgartner, Dr.
Fleischergasse 27, Lad.

Alte Trauringe, Alte Zahngebisse
 Brillanten, Platin, Gold- u. Silberwaren und Doublets kauft
Edelmetall-Verwertung Juwel. Fritz Pflüger :: ::
Leipzig, Johannisplatz 19
Telephon 20570.

HANS EITNER
KLEINGESSELLSCHAFT
LEIPZIG
Poststraße 11/13
Fernoc. 13500 u. 20349

Möbel-Transport.
Wohnungsaussch.
Geldschrank- u.
Piano-Transport

Wilhelm
GASARDE

WASCHWANNEN

Wohnungen
Gemitt. Gelm. I. d. d. r.
erster Platz 4. d. r.
Exp. Tauch. St. 1921.

Sofort gesucht
älterer ordentlich,
Schuljunge
für tagl. nachmitt.
für Botengänge,
Raschwitz
Königstr. 57.

schonend, a. d. r.
nach, bei. 23.
ten, Sülzowstr. 33.*

Verkäufe

Zahl. Erleichterung!

Hrn. Garderobe
all. Art. Große Ausw.!

Hahn
8 Johannispl. 8
hinter der Kirche.*

Original Mosberg
Maurer- u.
Zimmerer-
Hosen, extrastark
Beckardt,
Eckentstraße 10.

Kleiderportwa. au. vt.
Kattunstr. 10, III.,
1. neuer Sauberer zu
verf. Karlstr. 14, I.

Kaufgesuche

Garderobe, Betten,
Wäsche, Leinwand,
Kauft Hanfische G. u. p.,
Hinter Bottenberg.
Anzüge, Wäsche, D. Rad
Leihhaus, Kfz. Kappe
Möbel, Str. 11, T. 26104.*

Möbel Stitzer
Möbel, Str. 11, T. 26104.*

Schafwolle
gew. u. l. Schweiß
verlaufen
Händler u. Pro-
duzent, nur i. der
Wollekauf-Zentrale
Nacke & Co.
Leipzig, Gerberstr. 53
Tel. 10432.
Auf Wunsch
Tausch geg. prima
Sirlawolle!

Altpapier
Lumpen, Flaschen, Eisen, Metalle usw. kauft
Fr. Erler
Volkst., Bogislavstraße 16.
Neusch., Thümmelstr. 3, Hof. Tel. 61005.

Diverses

Saal u. Spielwiese
für Sommerfeste u.
Nachmittags frei.
Alter Gasthof Schönaus.
Guterebaliener arceb.
Wiener Kinderw.

erster Platz 4. d. r.
Damenrad zu taufn.
auf. Lutherstr. 2, I. r.

Packleinwand u.
Säcke kauft
Wagner, Tel. 11290.
Windmühlenstr. 31.*

Kupfer, Messing, Zinn
Zink, Blei
verkauft Sie am vorzuziehendsten
in der Verwertungs-Zentrale
Querstr. 35, nur im Laden
Tel. 27817

Geld
wird knapp

und die Schuhe
teuer. Mit
Schuhputz
Nigrin
spart Du, denn der
Schuh bleibt dauer-
haft.
Schwarz, braun,
gold und weiß.